



## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

### 11. Sitzung vom 27. September 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

---

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Susanna Keller, Susanne Tribolet, Bettina Wölnerhanssen,  
Daniel Zimmermann

Konrad Widmer (ab 21.20 Uhr)

---

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Claudia Guyaz

---

## **Begrüssung**

*Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP* begrüsst herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung, nach diesem politischen Abstimmungswochenende. Insbesondere begrüsst er seine Kolleginnen und Kollegen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten sowie die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Frau Claudia Guyaz als Protokollführerin für den Einwohnerrat, die anderen Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Medien und selbstverständlich auch ganz herzlich die anwesenden Gäste.

Der Präsident möchte gleich zu Beginn noch einmal die gültigen Corona Regeln für die Sitzung in Erinnerung rufen. Es besteht Maskenpflicht während der ganzen Sitzung und die Abstände sollen eingehalten werden wie das allen bestens bekannt ist. Die Gästezahl musste beschränkt werden (aber nicht einschränken) und die Sitzung wird aufgezeichnet und ist morgen ab der Homepage hörbar.

## **Mitteilungen des Präsidenten**

Mit Schreiben vom 20. September 2021 hat Bettina Wölnerhanssen, Grüne/EVP-Fraktion, gesundheitsbedingt ihren sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Die Verwaltung hat umgehend den Nachfolgeprozess in die Wege geleitet, damit möglichst bald wieder komplett getagt werden kann. Die Verabschiedung von Bettina Wölnerhanssen wird an der nächsten Sitzung gemacht.

Heute hat es fünf Abwesenheiten. Entschuldigt haben sich Daniel Zimmermann FDP, Ralph Büchelin SP, Susanne Tribolet SP und Susanna Keller SVP und eben fehlt bereits heute Bettina Wölnerhanssen. Das heisst es sind 35 Anwesende, stimmberechtigte Anwesende und das absolute Mehr ist heute 18.

Heute sind keine neuen Vorstösse eingereicht worden.

Eine erfreuliche Mitteilung darf der Präsident auch noch bekannt geben. Es gibt ein Geburtstagskind unter den Anwesenden. Gemeinderätin Barbara Jost hat heute Geburtstag, ganz herzliche Gratulation im Namen von Allen. *[Applaus]* Der Präsident findet es schön, dass sie an diesem Feiertag ihre Zeit dem Rat widmet, er bedankt sich herzlich dafür, das wird sehr geschätzt.

Der Präsident weist noch einmal darauf hin, weil das evtl. eine Neuerung ist, dass die Vizepräsidentin die Rednerliste bei der Beratung der Geschäfte führt und das Wort bei den Geschäften erteilt. In den übrigen Fällen, z.B. wenn es um Ordnungsanträge oder allgemeine Wortmeldungen geht dann wird der Präsident das Wort zuteilen.

An der letzten Sitzung gab es ein oder zwei kurze Intermezzos mit der Abstimmungsanlage. Er möchte dem vorgreifen und eine Testabstimmung machen. Damit sichergestellt ist, dass alle Geräte 100% funktionieren, dann wird es auch im Lauf des Abends keine Diskussionen geben wenn irgendjemand nicht stimmt, weil man dann sicher sein kann, dass die Geräte grundsätzlich funktionieren. Er bittet den Rat das Abstimmungsgerät zur Hand zu nehmen und anzuschalten. Die Testfrage lautet: Wird es einen schönen goldenen Herbst geben? Geantwortet werden kann mit Ja oder mit Nein oder Enthaltung, aber bitte antworten damit gesehen werden kann ob alle 35 Geräte funktionieren. Wir stimmen jetzt ab. Der Präsident würde sagen, dass das eine gute Idee war einen Testlauf zu machen. Es sind nur 32 Abstimmungen. Mal sehen, wer nicht abgestimmt hat. Karin Glaser, Stephan Appenzeller sagt er habe abgestimmt und das Gerät habe ihm angezeigt... Noch die zweite Serie prüfen. Peter Frauchiger. Diese Geräte müssen noch einmal überprüft werden. Und dann wird ganz sicher noch einmal ein zweiter Testlauf gemacht. Wurde bei Karin schon geschaut? Bei Karin Glaser? OK. Und der dritte war Peter Frauchiger, stimmt das? Funktioniert es oder nicht, optisch? Der Präsident macht noch einmal eine Probeabstimmung und bittet alle deutlich zu drücken. Die zweite Testfrage lautet: Wird es einen strengen Winter geben? Bitte mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen. 35 von 40. Jawohl, not voted bei den Abwesenden. Der Präsident geht davon aus, dass die Abstimmungsanlage funktioniert. Er bittet noch einmal alle deutlich zu drücken, nicht dass noch einmal diese Situation eintritt an diesem Abend.

Es wird mit der Traktandenliste weitergefahren.

Das Einwohnerratsbüro stellt dem Rat den einstimmigen Antrag, das Traktandum 12, Motion Plakatierung bei Abstimmungen und Wahlen, weil das damals ein dringlicher Vorstoss war, vorzuziehen und gleich nach Traktandum 4 zu behandeln. Der Präsident fragt ob es Wortmeldungen zum Antrag des Büros gibt. Gibt es Opposition? Das ist nicht der Fall, dann ist das stillschweigend genehmigt und das Traktandum 12 auf der Einladung wird vorgezogen und nach dem Traktandum 4 behandelt. Die Nummerierung der Traktanden bleibt wie auf der Einladung, dann gibt es am wenigsten Verwirrung, lediglich die Reihenfolge ändert ganz minim, weil Traktandum 12 jetzt früher besprochen wird.

#### BESCHLUSS

---

://:    Gesch. Nr. 71 Traktandum 12 neu Traktandum 5.

---

Der Präsident fragt ob es weitere Anträge zur Änderung der Traktandenliste gibt. Das ist nicht der Fall und damit ist diese genehmigt und es kann so verfahren werden.

## Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird bereinigt und gutgeheissen.

---

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 30.08.2021</b>	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 07.09.2021 <b>Arealentwicklung Spiesshöfli</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	139/XII
3. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 <b>Energieplanung Binningen</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	64
4. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.06.2021 <b>Rückständebericht 2021</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	66
5. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.08.2021 <b>Dringliche interfraktionelle Motion: neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	71
6. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 <b>Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen!</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	194/XII
7. * Bericht des Gemeinderats vom 01.06.2021 <b>Interpellation B. Fankhauser, SVP: Der Zolli will endlich das Baselbiet erobern: Binniger Jugendhaus muss weichen</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	41
8. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 <b>Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46
9. * <b>R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerates</b>	60
10. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.06.2021 <b>Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen</b> Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	197/XII
11. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021 <b>Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	51

12. \* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.07.2021 52  
**Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November**  
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.08.2021 61  
**Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen**  
Geschäftskreisführung: Mike Keller

14. Diversa

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 30.08.2021

Keine Wortmeldungen.

### BESCHLUSS

---

://: Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Nr. 139/XII

### Arealentwicklung Spiesshöfli

Der Präsident erläutert es handelt sich hier um eine Kenntnisnahme und einen Abschreibungsantrag. Der guten Ordnung halber, einfach zur klaren Präzisierung der Vorlage des Gemeinderats, bei beiden erwähnten Vorstössen 33 und 34 handelt es sich um Vorstösse aus der letzten Legislatur XII. Einfach damit klar formal auch die korrekten Vorstösse abgeschrieben resp. stehen gelassen werden. Er fragt den Rat an ob das Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Dann wird direkt zur Beratung der Vorlage übergegangen und der Präsident bittet um die Voten der Fraktionssprecher.

### GESCHÄFTSBERATUNG

*Thomas Haefele Racin, FDP* bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Gemeinderat für die Präsentation der Ergebnisse des Studienverfahrens und den beiden Visionen zur Entwicklung des Areals. Leider lässt der Bericht an den Einwohnerrat und der Jurybericht diverse, relevante Fragen unbeantwortet. 1. Beide Berichte sind widersprüchlich bezüglich der involvierten Grundeigentümer. Teilweise wird von drei, teilweise von vier Parteien gesprochen. Es wäre hilfreich gewesen, den aktuellen Status der Entscheidungsverfahren der BLT zu erläutern. Nach Wissen der FDP-Fraktion gehören noch nicht alle Parzellen an der Bottmingerstrasse der BLT. 2. Die kantonalen Parzellen sind nirgends eingezeichnet. Zur Identifikation zu den im Bericht erwähnten Parzellen des Kantons muss das Grundbuch konsultiert werden. 3. Was ist der Status des kantonalen Richtplans bezüglich der Tramverbindung Goren matt – Kronenplatz. Was sind die Pläne des Kantons mit seinen drei Parzellen im Bereich Spiesshöfli? 4. Die finale Präsentation des Studienverfahrens hat am 28. November 2019 stattgefunden. Wieso ist der Jurybericht erst nach über 20 Monaten im August 2021 unterzeichnet worden? Es bleibt ein etwas schaler Geschmack dass der Jurybericht nach dem Bericht des Gemeinderats finalisiert wurde und nicht umgekehrt. 5. Wie sieht der aktuell gültige Zeitplan aus? Ein Baubeginn 2022 wie im Jurybericht erwähnt

schein illusionär zu sein. 6. Wieso wird der Verfügung des Gemeinderats zu einer Planungszone des kantonalen Tiefbauamts angefochten? Ist die Verfügung des Gemeinderats nicht rechtens gewesen oder ist die Kommunikation zwischen Gemeinde und Kanton einfach sehr schlecht. 7. Wieso werden das Postulat 33 aus der Legislatur XII und das Postulat 34 – seines Wissens aus der aktuellen Legislatur – nicht mitversendet wenn heute darüber abgestimmt werden soll? Es freut die Fraktion der FDP, dass das Spiesshöfliareal endlich weiterentwickelt werden soll. Beide entwickelten Visionen scheinen machbar und städtebaulich interessant zu sein. Beide Varianten sind ansonsten weder ausreichend konkret noch sie ausreichend kompetent als dass sie blumiger gewürdigt werden könnten. Ein ganz entscheidender Aspekt ist die Erschliessung der Parzelle entlang der Bottmingerstrasse für den motorisierten Individualverkehr der Bewohner. Damit der Raum entlang der Tramlinie sinnvoll bebaut werden kann, ist eine Erschliessung via Parkstrasse notwendig. Entsprechend beinhalten beide Visionen auch eine Tiefgarageneinfahrt auf der Werkhofparzelle der Gemeinde. Der Wert der Parzelle an der Bottmingerstrasse steht und fällt mit einer Erschliessungsmöglichkeit via Werkhofparzelle. Gleichzeitig verliert die Werkhofparzelle durch eine Dienstbarkeit an Wert. Es ist ihrer Ansicht nach darum zwingend notwendig, dass die Parzelle an der Bottmingerstrasse und die Werkhofparzelle gemeinsam entwickelt werden müssen. Vorzugsweise durch einen gemeinsamen Eigentümer. Gaida Löhr hat bereits im Februar 2017 erkannt, dass dies relevant ist und hat entsprechend ihr Postulat 33 eingereicht. Der Souverän hat vor exakt einem Jahr im Rahmen der Bodeninitiative an den Gemeinderat den Auftrag für eine aktive Bodenpolitik erteilt und den Erwerb von Immobilien zu fördern. Gemäss §8b vom Finanzreglement. Die Fraktion der FDP ist deshalb grossmehrheitlich gegen die Abschreibung vom Postulat 33 und fordert in einem separaten Antrag den Gemeinderat auf, eine Akquisition der Parzellen entlang der Bottmingerstrasse zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Der *Präsident* bedankt sich beim Votanten für die Präzisierung zu den Vorstössen. Es wäre deshalb wichtig diese genau zu bezeichnen. Er wiederholt noch einmal zu Händen des Rates: Nr. 34 ist aus der jetzigen Legislatur, 34/XIII. Nr. 33 ist aber aus der letzten Legislatur, 33/XII.

*Urs Hauri, Grüne* informiert, dass die Grüne/EVP-Fraktion vom Projektstand Spiesshöfli Kenntnis nimmt und stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu. Sie bedankt sich für die Gelegenheit, heute Abend nicht nur das Ganze zu sehen sondern auch Fragen stellen zu können und beantwortet zu bekommen. Sie nehmen auch erfreut zur Kenntnis zu sehen, dass die Aufwertung des Birsig-Raumes ein wichtiges Element in den Planungen darstellt. Sie sind natürlich gespannt wie das insbesondere erschliessungstechnisch schwierige Projekt weiterentwickelt wird und sind auch interessiert daran zu wissen, was bezüglich Bodeninitiative die Gemeinde vorhat. Verkaufen, Baurechtvergabe oder allenfalls selber zu bauen.

*Jürg Blaser, SVP* bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für den Jurybericht betreffend der Arealentwicklung Spiesshöfli. Die SVP-Fraktion wird diesen ebenso wie das pendent bleibende Postulat Nr. 34 zur Kenntnis nehmen und die in ein Postulat umgewandelte Motion abschreiben. Trotzdem stellen sich ein paar Fragen betreffend Jurybericht. Es ist der SVP-Fraktion nicht ganz klar in wie weit der Jurybericht und vor allem die Visualisierungen der künftigen Überbauung entsprechen. Ist dies lediglich eine Idee wie das Spiesshöfli aussehen soll oder aussehen könnte oder kommt diese Variante «gefasster Raum» der Umsetzung schon sehr nahe. Im Programm welches 2019 in Auftrag gegeben wurde und für welches der Jurybericht nun vorliegt wurde festgehalten, dass die Lück-Stiftung, die beiden 2011 sanierten Gebäude auf der Parzelle 287 kaum vorzeitig abbrechen wird. Auf der Visualisierung im Jurybericht sind diese Gebäude bereits durch Neubauten ersetzt. Ist diesbezüglich bereits ein Entscheid gefallen? Es gibt keinerlei Aussagen mehr zu der Grösse und Anzahl der geplanten Wohnungen, auch wird kein Wort darüber verloren ob an der Idee sowohl Miet- wie auch Stockwerkeigentum / Wohnungen zu bauen festgehalten wird. Welche Bevölkerungsdichte ist für das Spiesshöfli geplant? Müsste nicht von Anfang an bereits schon wieder ein Kindergarten eigeplant werden? Es ist nicht ersichtlich, ob überhaupt Einstellhallen zur Verfügung stehen werden und wie gross diese ausfallen könnten. Das obwohl im Programm 2019 auf S. 17 von einer unterirdischen Einstellhalle die Rede ist. Im Weiteren ist eben auf S. 17 im Programm 2019 wörtlich festgehalten: eine Erschliessung von der Gorenmatt- und/oder der Brü-

ckenstrasse in z.B. eine unterirdische Einstellhalle ist zu favorisieren. Auch die Parzelle 1491 heutiger Werkhof ist für die Arealerschliessung zu prüfen. Im Jurybericht wird zwar auf eine Erschliessungs- und Verkehrsstudie von Jauslin + Stebler AG hingewiesen, was genau diese Studie aussagt ist aber nicht bekannt. Kann diese eingesehen werden, und wieso liegt diese dem Einwohnerrat nicht vor? Was sie besonders interessiert ist wie das weitere Vorgehen aussieht, wann wird der Einwohnerrat wieder informiert? Wie er überhaupt Einfluss nehmen können, z.B. via BPK oder wird der Einwohnerrat ein weiteres Mal vor vollendete Tatsachen gestellt, wo trotz aller Bemühungen nichts mehr daran geändert werden kann?

*Thomas Hafner, CVP* bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Sie haben den Jurybericht vom Studienverfahren gelesen, angesehen und auch die weiteren Schritte im Planungsverfahren zur Kenntnis genommen. Das Studienergebnis ist interessant, beide Varianten «Variante gefasster Raum» wie auch die Variante «Offener Campus» sind sicher durchführbar. Im ersten Moment, aus der Vogelperspektive betrachtet, fasziniert zuerst die Variante offener Campus mit dem sechseckigen Grundriss der Gebäude und dem Mehrgrünflächenanteil gegenüber der Variante gefasster Raum. Als Nachteil bei der Variante offener Campus sehen sie die Gebäudehöhe von max. ca. 45 Meter als bei der Variante gefasster Raum bei ca. 25 Meter. In Binningen muss man sich überlegen, ob zukünftig noch höhere Gebäude auch in der Talsohle von Binningen gewollt sind und zukünftig auch zugelassen werden müssen. Dies im Zentrum der Stadt Basel ist das Eine, aber will Binningen wirklich so hohe Gebäude auch in der Agglomeration? Dies müssen sie sich gut überlegen, auch für die Zukunft. Er nennt zwei drei neuere Beispiele dazu. In Pratteln, Muttenz und Münchenstein. Es mag Ansichtssache sein ob solche Türme im Quartierbild schön sind, der Votant persönlich findet es unschön und störend. Nicht zu vergessen sind die Schattenwürfe der hohen Gebäude welche für die Nachbarn zu einer Zumutung werden können. Damit die Arealentwicklung Spiesshöfli aber eine Chance für eine zukünftige Planung und Realisierung bekommt, muss zuerst Platz geschaffen werden und der Werkhof an einen neuen Standort verlegt werden. Ansonsten ist das Studienverfahren Makulatur und für den Papierkorb. In der Fraktion sind einige Fragen aufgetaucht, diese wurden aber vorher mit der Präsentation im Foyer geklärt. Eine Frage möchte er trotzdem noch stellen, zur Information und für das Protokoll: die Fraktion ist sich bewusst, dass es ein Quartierplanverfahren gibt. Wie ist nun die weitere Zusammenarbeit der Grundeigentümer und welche Verpflichtungen werden nach dieser Studie noch auf die Grundeigentümer zukommen? Vielen Dank für die Beantwortung im Anschluss. Die CVP/glp-Fraktion folgt den drei Anträgen des Gemeinderats, also erstens Kenntnisnahme, das Postulat Spiesshöfli, Zukunft des Werkareals Nr. 34 bleibt pendent und das Postulat Spiesshöfli Nr. 33 werden sie abschreiben.

*Stephan Appenzeller, SP* bedankt sich für den Bericht des Gemeinderats und den Jurybericht zum Spiesshöfli welche die SP-Fraktion mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Endlich hat diese Black-Box Spiesshöfli Konturen, Formen und auch Farben bekommen. Endlich wird das Spiesshöfli etwas konkreter. Selbstverständlich ist diese Studie kein verbindliches Planungsdokument, es ist erst ein erster Schritt, eine Auslegeordnung. Aber sie gibt einen guten Eindruck, was unter dem Titel Arealentwicklung Spiesshöfli möglich wird. Was sieht man aus dem Bericht, auf den Plänen? Sie sehen eine Aufwertung des gesamten Vierecks zwischen Bottmingerstrasse und Parkstrasse, zwischen Brückenweg und Gorenmattstrasse als Wohngebiet. Sie sehen zwei Varianten und sie teilen die Prioritätensetzung, dass die Variante Gefasster Raum mehr Potenzial beinhaltet, wahrscheinlich auch besser ins Quartier passt (niedrigere Gebäude und keine Hochhauslandschaft). Sie sehen aber auch in dieser Variante in der Mitte des Vierecks eine grosse begrünte, verkehrsberuhigte Freifläche welche das Areal durchzieht, auch die Areale ausserhalb des Planungspimeters werden einbezogen. Das wird also insgesamt attraktiver. Ersichtlich ist auch, dass eine unterirdische Erschliessung des Areals Spiesshöfli von beiden Seiten des Birsig möglich ist, es gibt zwei Varianten welche erläutert wurden. Entweder von der Parkstrasse her oder von der Gorenmattstrasse her. Erst dank dieser unterirdischen Erschliessung wird es möglich den Freiraum ebenerdig auf beiden Seiten des Birsig zu ermöglichen. Freiräume für Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Öffentlichkeit, für Bewohnerinnen und Bewohner von Binningen. Mitten drin ist ebenfalls ersichtlich dass es möglich ist, den Birsig moderat zu renaturisieren. Insgesamt trägt

auch das zu einer Verschönerung, zu einer höheren Aufenthaltsqualität bei. Sie kommen somit zu drei Erkenntnissen. 1. Im Spiesshöfli kann etwas Spannendes gestaltet werden, es ist eine tolle Städtebauliche Chance und es wäre blöd, diese nicht zu nutzen. 2. Das Zusammengehen der vier Grundeigentümer ergibt eine bessere Gesamtlösung als wenn jeder für sich alleine planen würde. 3. Die Konsequenz daraus ist: aus all diesen Gründen macht es wirklich Sinn, dass der neue Werkhof am Spiesshöfli weg kommt, an einen anderen Ort. Wie soll es nun weiter gehen? Das vom Gemeinderat vorgegebenen Vorgehen macht Sinn, nämlich die Weiterverfolgung und Konkretisierung im Rahmen eines Quartierplanungsverfahrens gemäss dem kantonalen Recht. Aber natürlich sind ganz viele Fragen offen, das wurde vorher auch an der Vernissage festgestellt, die Liste des Sprechers könnte verlängert werden. Eine zentrale Frage ist wie die Gemeinde ihre Parzellen einbringt. Verkaufen, Baurecht, selber etwas bauen, es ist sicher alles möglich. Es ist aber auch klar, dass die SP hier ihre Präferenzen hat. Für sie ist das Thema Freiraumkonzept wichtig im Rahmen des Quartierplans. Wichtig ist, dass die Freiräume welche jetzt auf den Plänen ersichtlich sind – welche die SP-Fraktion überzeugen – diese auch für die Bevölkerung frei zugänglich sind. Sei es angebunden an den Birsig-Uferweg aber auch gesamthaft. Aber wie auch gehört wurde ist es dann vielleicht in der Realität etwas anders als auf den Plänen. Die Feuerwehr muss auch zufahren können, also braucht es auch einen gewissen Zubringerdienst an der Oberfläche, dies sind noch Knacknüsse welche schon noch genauer erläutert werden müssen. Wichtig ist der SP-Fraktion im gesamten Konzept auf diesen Arealen ein attraktiver und bezahlbarer Wohnraum entsteht. Wichtig ist ihnen auch, dass die Parzelle des Werkhofs nicht nur für die Zufahrt in ein Parkhaus benutzt wird oder womöglich als oberirdischer Parkplatz wie sie es früher befürchtet haben. Es ist jetzt ersichtlich, dass es Varianten gibt mit unterirdischen Zufahrten, sei es von der Gorenmattstrasse oder von der Parkstrasse. Wichtig ist, dass beide Varianten weiterverfolgt werden bis gesehen werden kann, was wirklich mehr Sinn macht und auch für die Anwohnerinnen und Anwohner die bessere Lösung ist. Zum Schluss ist ihnen wichtig, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen gut ausgestaltet sind und diese auch ernst genommen werden. Die Mitwirkung im Mitwirkungsverfahren aber natürlich auch im Einwohnerrat durch transparente Kommunikation. Heute wurde ein erster Schritt gemacht, das muss weitergehen. Die SP-Fraktion stimmt allen drei Anträgen zu, Kenntnisnahme, stehenlassen vom Postulat 34 und abschreiben vom Postulat von Gaida Löhr, welches das Kernanliegen mit Aufnahme der gemeinsamen Planung ja umgesetzt wird.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* bedankt sich für die Aufnahme dieses grossen Geschäfts. Es ist klar, dass sich viele Fragen stellen und es ist auch so, dass man sich in einem laufenden Prozess befindet. Der Gemeinderat hatte zu keinem Zeitpunkt eine Verzögerungstaktik, es wurde immer von aussen beeinflusst, dass nicht so schnell vorgegangen werden konnte wie sich dies der Gemeinderat gewünscht hätte. Der Jurybericht wurde schon lange verabschiedet und die Punkte, weshalb diese Verzögerungen eingetroffen sind, wurden im Geschäft aufgeführt. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat irgendeinen Einfluss auf diese Jury genommen hat. Es sind vier Grundeigentümer und die Differenz liegt darin, dass Kanton und BLT manchmal zusammengezählt wurden und manchmal einzeln gezählt wurden. Der dritte ist die Albert Lück-Stiftung, der vierte ist die Gemeinde Binningen, die Grundeigentümer sind klar. Im Prozess der Enteignungen ist der Kanton im Lead, und nicht die Gemeinde. Zum heutigen Zeitpunkt kann deshalb keine Stellung bezogen werden, wie gesagt ist dies ein laufender Prozess wo dieser Doppelpurausbau realisiert werden kann. Bezüglich den Rahmenbedingungen was überhaupt passieren kann ist es jetzt wichtig im Quartierplanungsverfahren die Spielregeln festzulegen. Diese werden dann auch im Einwohnerrat diskutiert und verabschiedet. Der Gemeinderat schnürt nicht irgendein Paket und schleust dieses am Einwohnerrat vorbei. Im Geschäft ist aufgeführt, dass der Einwohnerrat hier mitbestimmen kann, wie die Spielregeln dann lauten zum Quartierplan. Bezüglich der Weiternutzung der Werkhofparzelle hat sich der Gemeinderat noch nicht geäussert in welche Richtung dies gehen soll. Wie gesagt sind alle Optionen offen, zuerst müssen die Spielregeln für die Arealentwicklung festgelegt werden und erst in einem zweiten Schritt auf die inhaltliche Diskussion was mit der Werkhofparzelle passieren wird. Zum ändern ist noch ein anderes Geschäft hängig zum Werkhof wo der wichtige Standortentscheid auch noch klarer gefasst werden muss. Der Quartierplan kann nur durchgeführt werden wenn die Grundeigentümer einverstanden sind, Grundeigentümer können nur beschränkt in ein Quartier-



planverfahren gezwungen werden. Die Voraussetzung, dass die aktuellen vier Grundeigentümer mit einem Quartierplanverfahren einverstanden sind, ist gegeben. Deshalb kann hier ein Schritt weitergegangen werden. Bezüglich den Konditionen innerhalb dieses Quartierplans ist es wichtig, dass die Lasten und Nutzen gegenseitig aufteilt. Wenn ein Grundeigentümer eine Tiefgarage bauen muss, müssen die anderen Grundeigentümer sich daran beteiligen. Es kann nicht sein, dass ein Grundeigentümer alle Lasten hat und die anderen Grundeigentümer davon profitieren können. Dies ist auch im Rahmen des Quartierplans festgelegt, wie dieser Verteiler ist. Ein wichtiger Teil ist auch die Erschliessung. Dies ist auch der Grund weshalb der Kanton Einspruch erhoben hat gegen die Planungszone. Der Kanton war der Meinung, das Projekt Doppelspurausbau wurde angegriffen, was aber nicht der Fall gewesen ist. Diesbezüglich wurden Gespräche geführt und dies ganz klar abgegrenzt weshalb diese Planungszone erwirkt wurde. Es brauchte diesbezüglich einfach noch Absprachen. Er hofft das meiste beantwortet zu haben und bietet sich gerne an, im Nachgang zu der Einwohnerratsitzung Fragen zu beantworten.

Der *Präsident* bedankt sich bei Gemeinderat Philippe Meerwein und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

*Felix Gerber, GLP* hat noch zwei Fragen in Zusammenhang mit der Abschreibung des Postulates bzw. der Motion Nr. 33. Er findet die Situation interessant, dass auf der linken Seite das Postulat in diesem Sinne als erfüllt angesehen wird obwohl es sich da ja um einen Kauf handelt während jetzt die FDP mit dem Vorschlag kommt, die Gemeinde soll sich überlegen die anderen Parzellen zu erwerben. Er richtet seine Frage an die FDP-Fraktion wie folgt: ist dies ernst gemeint und wurde dies überlegt bzw. um welche Summen geht es hier? Und die Frage an den Gemeinderat: dieser schreibt, dass die Gemeinde kein Vorkaufsrecht habe, das bedeutet ja aber nicht dass per se ein Kauf ausgeschlossen ist, nur weil kein Vorkaufsrecht besteht. Hat dies jemals eine Rolle gespielt bei den Überlegungen und was sind die Schlussfolgerungen dazu, dass das Postulat jetzt abgeschrieben werden soll?

*Christoph Maier, FDP* kann jetzt zu der letzten Frage noch nicht Stellung nehmen. Er würde aber gerne auf den Zusammenhang verweisen. Diese Parzellen, welche jetzt enteignet werden und schlussendlich von der BLT und vom Kanton übernommen werden, haben nur dann einen Wert, wenn eine Erschliessungstrasse entlang der Tramlinie nicht realisiert werden muss. Soweit so klar, so einfach. Das heisst, damit diese Erschliessungstrasse nicht dort durchgeführt werden muss, müsste diese Grundeigentümer (zu diesen gehört jetzt die Gemeinde nicht) irgendeine andere Lösung präsentieren können. Dies ist auch der Grund, weshalb sie das Interesse am Quartierplan haben. Cui bono fragt man bei einem Geschäft, wer hat ein Nutzen daraus? Ein Nutzen haben die Grundeigentümer an dieser Stelle in aller erster Linie. Die Frage ist, wo haben wir, als Gemeinde als Grundeigentümer hier jetzt einmal, wo hat die Gemeinde ihr Interesse, dass jemand Drittes ein Grundstück gewinnbringender realisieren kann als ohne die Mitwirkung der Gemeinde, in dem sie ein Grundstück einbringt. Und dieses soll dann auch noch eingebracht werden als Erschliessung oder als Parkplatz. Er glaubt nicht, dass dies wirklich eine gute Nutzung der Ressourcen der Gemeinde darstellt. Das heisst, damit die Gemeinde einigermaßen ihre Interessen wahrnehmen kann, ist in jedem Fall – vom Gemeinderat schlussendlich in der Interessensvertretung – dafür zu sorgen, dass sie nicht einfach Steigbügelhalter ist als Grundstückeigentümerin, sondern dass diese Interessen des Gewinns welcher schlussendlich mit einer höheren Nutzung des Grundstückes realisiert werden kann, dass die Gemeinde zumindest da partizipieren kann. Es gibt noch andere Varianten, die FDP schlägt vor oder schliesst sich der Abschreibung auf der linken Seite an, dass geprüft wird ob es nicht genau in diesem Zusammenhang Sinn macht, diese Grundstücke zu erwerben. Aber im Moment kann ja nur zur Kenntnis genommen werden; trotzdem sollte es einmal gesagt werden, dass der Einwohnerrat von der Interessensvertretung der Gemeinde als Grundeigentümerin bisher herzlich wenig gehört hat.

*Thomas Haefele, FDP* erläutert, dass es der Ansicht der FDP nach nur Sinn macht, wenn die Parzellen auf Seiten Bottmingerstrasse und auf Seiten Parkstrasse / Werkhof gemeinsam von einer Partei erschlossen werden. Ob jetzt dieser Eigentümer eine Partei ist oder ein Joint-Venture sei einmal dahin gestellt. Ob

die FDP dies ernst meint mit der Akquisition, diese Frage möchte er gerne auf die gegenüberliegende Seite stellen. Der Einwohnerrat hat vor einem Jahr sich selber ein Korsett angezogen welches sich Bodeninitiative nennt. Da steht explizit, dass die Gemeinde keinen Boden verkaufen darf. Natürlich könnte die Gemeinde den Werkhof auch der BLT oder dem Kanton verkaufen für die Erschliessung, aber dies kann die Gemeinde nicht. Insofern ist es die einzige Alternative, dass die Gemeinde Binningen die Parzellen der anderen Parteien übernehmen würde. Allenfalls könnte sie sich dadurch Optionen schaffen, andere Parzellen zu veräussern. Im Antrag der FDP steht auch explizit, dass der Gemeinderat nicht nur die Akquise prüfen soll sondern auch die Finanzierung, dazu könnte auch gehören Geld zu beschaffen durch die Veräusserung von andren Gemeindepazellen, zum Beispiel. Er ist sehr gespannt darauf, was von der gegenüberliegenden Seite kommt, wie man in einem solchen Fall die Bodeninitiative gewinnbringend für das Binninger Volk anwenden kann.

*Stephan Appenzeller, SP* hat gestaunt, wo jetzt die Seite welche noch vor kurzem genau das Gegenteil gepredigt hat und uns bei den Diskussionen um Immobilien-Strategie um die Ohren geschlagen hat was das Spiesshöfli kosten sollte, genau dieses Preisschild selber auf die Runde bringen will. Er fragt sich was die Absicht dahinter ist, ob dies ernst gemeint ist oder ob es nur darum geht, zusätzliche Runden zu erwirken damit es noch länger geht bis klar ist, was dort passiert. Er denkt, dass das Vorgehen des Gemeinderats der weiteren Klärung zusammen mit den anderen Grundbesitzern, (welche ja mindestens was die Parzellen entlang des Tramtrasses anbelangen, die fordern auch eine öffentliche Grundbesitzer sind); er glaubt dieses Verfahren sieht ja vor, dass unter anderem auch die Frage geklärt wird, was mit der Werkhofparzelle passiert, verkaufen steht im Bericht oder Baurecht oder selber investieren. Er glaubt in diesem Vorgehen sind alle Möglichkeiten aufgezählt, selber investieren (es heisst nicht nur auf dieser Parzelle). Er glaubt diese Möglichkeiten sind im Vorgehen aufgelistet, weshalb die SP-Fraktion findet, es braucht jetzt nicht einen speziellen Antrag, sondern er möchte das Vorgehen befürworten, eine gesamthafte Lösung zu entwickeln. Vier Grundstückbesitzer sind nicht so verrückt viele, er ist überzeugt davon, dass da ein gutes Gesamtpaket kommt. Deshalb stimmt dies so für die SP-Fraktion, dass nun auch der Antrag von Gaida zum heutigen Moment abgeschrieben werden kann. Wenn es nötig wäre, wäre ein neuer Vorstoss schnell wieder gemacht.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* bedankt sich für die Voten. Es ist so, dass bisher Kaufverhandlungen stattgefunden haben, diese waren jedoch nicht erfolgreich. Das Problem hat sich gestellt, dass die Rahmenbedingungen mit einem fehlenden Quartierplan noch nicht vorliegen. Es ist auch ganz klar, dass noch weitere Kaufverhandlungen stattfinden werden, zwischen den Grundeigentümern, in welchem Rahmen kann noch nicht gesagt werden. Es ist bekannt, dass es nicht so bleiben wird wie es heute ist und politisch ist es auch noch wichtig, wie das durchgebracht werden kann. Es handelt sich um Preisschilder welche ziemlich schnell vor das Volk gehen. Es ist bekannt, dass noch andere Volksabstimmungen bevorstehen und hier muss das Gesamtpaket abgewogen werden. Auch in der Immobilien-Strategie muss abgewogen werden, dass alle Ziele erfüllt werden können. Hier ändern immer wieder die Rahmenbedingungen. Heute ist es deshalb einfach noch zu früh, klare Aussagen zu machen in welche Richtung es gehen wird. Jetzt müssen die Rahmenbedingungen mit den Grundeigentümern und mit der öffentlichen Hand geregelt werden, in diesem Quartierplanverfahren. Wenn das geklärt ist geht es wieder darum wer welche Landflächen übernimmt und wer was wo realisieren wird. Dann ist es wichtig, dass die Gemeinde Binningen ihren Part wahrnehmen kann und da Vorschläge macht. Es ist auch ganz klar, dass dann im Einwohnerrat und je nach dem vor dem Volk darüber diskutiert werden muss. Bezüglich der Interessensbindung ist es nicht so, dass die Werkhofparzelle nur ein reines Parkhaus wird und sonst nichts. Oberirdisch sind die gleichen Chancen auf der einen wie auch auf der anderen Birsigseite. Zudem ist es fast noch besser, auf der Parkstrasse Seite, weil dort der Verkehr ruhiger ist und der Birsigraum sich öffnet. Alle Optionen sind offen, dass auch die gemeindeeigenen Parzellen ihren Wert entwickeln können. Deshalb gibt es keine Dienstleistung zuhanden von anderen Grundeigentümern sondern hier muss dort eigentlich das volle Potenzial ausgeschöpft werden zu Händen der Gemeinde Binningen.

*Christoph Maier, FDP* möchte noch einmal die Gelegenheit wahrnehmen kurz zu replizieren was er gerade gehört hat vom Gemeinderat. Was er anspricht ist der Wertzuwachs welcher schlussendlich durch die höhere Nutzung der Grundstücke entsteht. Das ist nicht auf beiden Seiten gleich. Und die Gemeinde welche die ermöglicht, nicht als hoheitlich agierender Teilnehmer sondern als privatrechtlich agierender Teilnehmer an diesem Quartierplanungsverfahren, sollte sicherstellen, dass sie an diesem Wertzuwachs welche sie ermöglicht auch partizipiert. Der Gemeinderat scheint auf diesem Ohr taub zu sein. Es will nicht gesehen werden, dass durch tatsächlich diese Intervention schlussendlich ein Wertzuwachs entsteht. Er will einfach vom Gemeinderat hören, dass dieser die Interessen als Grundeigentümer hier wahrnimmt, in dem er am Wertzuwachs welcher er anderen ermöglicht partizipiert. Ist das zu viel verlangt?

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* beantwortet diese Frage gerne und in aller Deutlichkeit. Sowohl die Verwaltung wie auch der Gemeinderat sind sich der Ausgangslage und der Möglichkeiten bewusst. Er glaubt aber nicht, dass dies jetzt hier und heute vertieft werden muss. Diese Hausaufgaben müssen gemacht werden, so wie diese jeder Grundeigentümer mit einem Ausblick auch für sich versucht das Beste herauszuholen, hat die Gemeinde gegenüber dem Einwohnerrat und gegenüber den Steuerzahlern genau die gleichen Verpflichtung. Im Rahmen der Quartierplanung wird sich auch noch der eine oder andere Punkt zeigen, und die Köpfe gemeinsam zusammengestreckt werden müssen. Was der Rat jetzt im Augenblick auf dem Tisch liegen hat ist die erste Grundlage, ist eine Studie welche zeigen soll, was möglich ist. Aufgrund dieser Inputs muss jetzt der nächste Schritt – der Quartierplan – angegangen werden. Der Punkt, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat allfällige Käufe, Verkäufe oder auch anderweitige Überlegungen zu seinen oder anderen Parzellen präsentiert, ist noch nicht erreicht. Der Gemeinderat ist verpflichtet, dem Einwohnerrat zu all diesen Punkten einzelne Geschäfte vorzulegen, aber noch nicht zum heutigen Zeitpunkt. Ja, die Message ist angekommen und sie wird sicher auch im Protokoll festgehalten.

*Luzi Jehle, SP* glaubt, dass die Gemeindeinteressen an der Arealentwicklung sicher einmal durch das mehrbebaubare Land gegeben sind. Dies wird mehr Einwohner geben und dies wird auch zu mehr Steuern führen. Das ist auf jeden Fall schon einmal berücksichtigt. Die Haltung der FDP findet er speziell. Bisher war man bei Investitionen immer etwas zurückhaltend, ist dies jetzt ein Paradigmenwechsel? Zu der Bodeninitiative muss schon gesagt werden, es ging nicht grundsätzlich darum dass die Gemeinde gross einkaufen geht, sondern darum einen Ausgleich zu erhalten, damit nicht einfach nur verkauft werden kann, sondern dies immer wieder ausgleicht. Das war das Kernanliegen.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt gerne Stellung zur Mehrwertabgabe. Es gibt gesetzliche Rahmenbedingungen was gemacht werden darf und was nicht. Die Ausarbeitung eines Infrastrukturreglements welches in den Einwohnerrat kommen wird ist in Arbeit. Die Fragen der Abschöpfung von Mehrwert im gesetzlichen Rahmen werden dort abgehandelt, dies wird zeitnah erfolgen. Das mögliche Maximum wird ausgeschöpft.

*Marc Schinzel, FDP* stellt richtig, der FDP-Fraktion schwebt nicht eine Mehrwertabgabe vor. Es soll einfach die Frage gestellt werden, ob die gemeindeeigenen Liegenschaften dem Wert entsprechend eingebracht werden oder ob diese eben nicht dem Wert entsprechend genutzt werden. Werden den anderen die Vorteile gelassen und selber nicht auch auf den eigenen Vorteil geschaut? Darum geht es. Die Bodeninitiative wurde ja angenommen mit 14 Stimmen, dann gehen sie natürlich auch von diesen Fakten aus, von dieser Rechtslage und sie versuchen auch, mit diesem Instrument zu arbeiten und das bestmögliche daraus zu machen. Diese Frage haben sie sich wirklich ernsthaft gestellt, Christoph Maier hat das wirklich gut dargelegt. Es ist wirklich die Idee zu sagen, macht es allenfalls Sinn nicht auch noch zu erwerben oder sich damit zu befassen. Aus diesem Grund verstehen sie jetzt nicht warum gerade das Postulat von Gaida Löhr – welches ja genau dies eben in den Raum stellt – abgeschrieben werden soll. Dies ist die Motivation.

Die Wortmeldungen sind erschöpft. Der Präsident skizziert kurz das Abstimmungsprozedere. Der Gemeinderat hat drei einzelne Anträge gestellt. Die ersten zwei sind eine Kenntnisnahme, darüber wird nicht abgestimmt. Es liegt ein Antrag der FDP vor, über die Prüfung des Erwerbs der Parzellen. Dann ist noch darüber abzustimmen, ob das Postulat Nr. 33/XII abgeschrieben werden soll oder nicht, dies scheint ja bestritten zu sein. Er liest den Antrag der FDP vor und dann wird als erstes über diesen Zusatzantrag abgestimmt.

Antrag FDP-Fraktion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Möglichkeiten eines Erwerbs der Parzellen der BLT entlang der Bottmingerstrasse im Bereich Spiesshöfli, beinhaltend Parzellen 1501, 2114, 2113, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512 und 1513, als auch die Finanzierung des Erwerbs zu prüfen und an den Einwohnerrat zu berichten.

Wer dem Antrag der FDP stattgeben will stimmt Ja oder zeigt grün, wer dagegen ist stimmt Nein und zeigt rot, Enthaltungen mit gelb.

Abschreibung Postulat Nr. 33/XII auf Antrag des Gemeinderats. Wer zustimmt stimmt Ja und zeigt grün, wer den Antrag ablehnt stimmt Nein und zeigt rot, Enthaltungen.

#### ABSTIMMUNG

ANTRAG FDP:	25 JA / 8 NEIN / 2 Enthaltungen	(Abstimmung 03)
ANTRAG ABSCHREIBUNG Postulat Nr. 33:	16 JA / 17 NEIN / 1 Einhaltung	(Abstimmung 04)

#### BESCHLUSS

---

- ://:
1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Jurybericht zum begleiteten Studienverfahren der Arealentwicklung Spiesshöfli, wie auch von den weiteren Schritten im Planungsverfahren.
  2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass das Postulat „Spiesshöfli - Zukunft des Werkhofareals“ Nr. 34 pendent bleibt.
  3. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Möglichkeiten eines Erwerbs der Parzellen der BLT entlang der Bottmingerstrasse im Bereich Spiesshöfli, beinhaltend Parzellen 1501, 2114, 2113, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512 und 1513, als auch die Finanzierung des Erwerbs zu prüfen und an den Einwohnerrat zu berichten.
  4. Die in ein Postulat umgewandelte Motion „Spiesshöfli“ Nr. 33 wird nicht abgeschrieben.
- 

### Traktandum 3

Nr. 64

#### Energieplanung Binningen

##### GESCHÄFTSBERATUNG

*Felix Gerber, GLP* bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion bei allen Beteiligten welche an der Energieplanung mitgearbeitet haben. Diese zeigt auf, wo Binningen heute in Bezug auf die Wärmeenergieproduktion steht und vor allem zeigt sie auch detailliert auf, wo der Weg durchgeht, damit in Zukunft CO2-frei geheizt werden kann. Sie ist damit eine wichtige Orientierungshilfe für Private und für die Verwaltung. Sie zeigt auf, welches Heizungssystem oder welcher Energieträger in welchem Quartier zu bevorzugen ist. Das ist ein wichtiger erster Schritt wenn es darum geht sich zu entscheiden. Somit ist auch wichtig, dass Personen welche sich damit auseinandersetzen in Aktion treten können und nicht zögern

müssen. Binningen ist nicht die erste Gemeinde welche Energieziele hat, nicht die erste Gemeinde welche einen Energieplan aufgestellt hat. Jetzt kommt es darauf an, wie das umgesetzt wird. Ein Umstieg auf ein CO<sub>2</sub>-freies Heizen ist anspruchsvoll, heute gibt es immer noch 90% fossile Heizenergie. Gleichzeitig ist es mit den heute vorhandenen Technologien durchaus möglich, CO<sub>2</sub>-frei zu heizen. In der Energiestrategie ist festgehalten, dass erneuerbare Energien auf zwei Arten gefördert werden sollen. Zum einen finanziell via dem Energiefond, zum anderen durch Kommunikation und Information seitens der Gemeinde. Es ist heute schon bekannt, dass erneuerbare Heizsysteme deutlich günstiger sind über die Lebensdauer gegenüber fossilen Konkurrenzsysteme. Deshalb erachtet die CVP/glp-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt eine weitere finanzielle Förderung nicht unbedingt als zentral sondern, dass vor allem auf das zweite Standbein fokussiert werden soll, auf die Kommunikation. Jeder in Binningen sollte wissen, dass eine kommunale Energieplanung existiert, jeder Liegenschaftsbesitzer in Binningen sollte wissen, dass es eine Gasrückzugsstrategie gibt, jeder sollte wissen, dass kostenlose Beratung in Anspruch genommen werden kann wenn es ums heizen geht. Jeder sollte wissen, dass er bereits heute mehrbezahlt wenn er noch eine fossile Heizung im Keller hat im Vergleich zu einem erneuerbaren System. Damit dies erreicht werden kann, ermuntert die CVP/glp-Fraktion die Verwaltung und den Gemeinderat aktiv zu sein, auch kreativ zu sein. Bisher hat man sich vor allem auf punktuelle Informationen oder auf Informationsanlässe konzentriert. Auf der Webseite wird auf weitere Beratungsangebote verwiesen. Damit werden nur Personen erreicht, welche sich bereits mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Jetzt wäre es wünschenswert, dass eben alle Personen angesprochen werden. Vielleicht könnte ein Schritt weitergegangen werden und Überlegungen angestellt werden, ob die Gemeinde allenfalls auf Quartierebene Erdsonden Bohrungen zusammen mit lokalen Energieunternehmen vornehmen könnte etc. Zusammenfassend ist die Energieplanung wichtig, es ist ein wichtiges Dokument und eine wichtige Grundlage, die Umsetzung wird entscheidend sein. Die CVP/glp-Fraktion möchte den Gemeinderat ermutigen hier aktiv zu bleiben und bietet sehr gerne ihre Unterstützung an.

*Erik Schellenberg, SP* erläutert, dass die SP-Fraktion mit Interesse den Bericht über eine Energieplanung in Binningen besprochen hat. Sie sind froh, dass jetzt eine Expertise vorliegt, welche fachlich ausgereifte Möglichkeiten aufzeigt um die Effizienz des Energieverbrauchs zu verbessern und die gesetzten Vorgaben für eine nachhaltige Nutzung Zug um Zug umzusetzen. Die SP-Fraktion hat dies schon lange gefordert und ist jetzt erfreut, dass Experten jetzt Massnahmen und Potenzial aufzeigen können. Die Tatsachen sind ernüchternd. Nur 8% der Energie ist nicht mit fossiler Energie gedeckt. Das ist eine klare Missachtung des Volkswillens und Primeo Energie kommt damit nicht ihren Verpflichtungen nach. Die Zuständigkeit der Planung der Wärmeversorgung wurde Primeo Energie zugeteilt, es müssen keine Anlagen geplant werden. Aber auf die vorgegebenen Ziele muss bestanden werden und die Einhaltung verifiziert werden können. Ziel ist nicht mehr 50% erneuerbar sondern langfristig 100%. Nur mit einer z.B. quartalweiser Orientierung kann sichergestellt werden, dass Massnahmen nicht weiter verschleppt werden wie bisher. Mit diesem Bericht können Massnahmen gezielt angegangen werden, das Potenzial ist gross und muss nun gekonnt umgesetzt werden. Im dichtbesiedelten WBA-Gebiet sollte zügig auf erneuerbare Energieversorgung umgestellt werden. Sei es durch eine Versorgung über die IWB oder Ersatz von bestehenden Anlagen und Nutzung von Grund- und Schmutzwasser je nach Standort und gesetzlichen Möglichkeiten. In den übrigen Gebieten obliegt dies den jeweiligen Eigentümern. Es muss im Interesse sein der Gemeinde, beim Unterhalt und Bauvorhaben nachhaltige Lösungen anzustreben. Die Gemeinde sollte dabei gezielt unterstützen. Die SP-Fraktion ist für die Kenntnisnahme und beantragt eine Effizienzkontrolle.

*Peter Bertschi, EVP* bedankt sich von Seiten Grüne/EVP-Fraktion für den umfassenden Bericht und sie nehmen diesen zur Kenntnis. Sie sind froh, dass die Primeo ihren Anteil an den erneuerbaren Energien im Wärmeverbund offenbar deutlich steigern konnte. Aus ihrer Sicht wäre es wichtig, dass in Zukunft vermehrt die Verkehrs- und Siedlungsabwärme genutzt würde und diese auch der Bevölkerung zugänglich gemacht würde.

*Barbara Fankhauser, SVP* dankt dem Gemeinderat für den Bericht kommunale Energieplanung Binningen im Namen der SVP-Fraktion. Sie finden den Bericht sehr strukturiert und bis auf einige Details auch für Laien recht gut verständlich. Er zeigt die verschiedenen Ansätze, wie die gesetzlichen Auflagen fristgerecht umgesetzt werden können, sie sind auch überzeugt, dass dies gelingen wird. Wichtig scheint ihnen, dass es hier nicht um Insellösungen der Gemeinde Binningen geht sondern, dass (sie zitiert aus dem Zweck der Energieplanung) «die Grundsätze der übergeordneten sowie der kommunalen Energieplanung räumlich konkretisiert werden». Dass bis jetzt nur ein kleiner Prozentsatz erneuerbare Energie eingesetzt werden kann – es wurde bereits erwähnt – liegt am leidigen Thema, dass Primeo ihren vertraglichen Pflichten immer noch nicht nachgekommen ist. Dies wurde ja bereits hier im Einwohnerrat mehrere Male diskutiert. Ein Punkt hat sie allerdings irritiert: auf S. 5 des Berichts wird explizit festgehalten: «die Mobilität wird – obwohl aus energiepolitischer Sicht ebenfalls bedeutend – im Rahmen der Energieplanung nicht behandelt. Die Mobilität und deren räumliche Auswirkung sind in der Regel im kommunalen Richtplan und Strassennetzplänen festgehalten und können in einem Mobilitätskonzept detailliert werden.» Wieso wird dann unter der Massnahme M3 Umsetzung der Energieplanung in der BZR unter Zielsetzung folgendes aufgeführt: Schaffung der Rechtsgrundlage für Anschlussverpflichtungen, Energieeffizienz am Bau und Förderung einer nachhaltigen Mobilität. Das geht für sie nicht ganz auf. Der Schluss des Berichtes bilden dann diese Massnahmenblätter V, E und M welches aus ihrer Sicht ein gelungenes Tool, bildet es durch die Leitplanken, welche Schritte in welchem Zeitpunkt zu realisieren sind und wer dabei involviert ist, um diese Ziele zu erreichen, ab. Damit der Einwohnerrat zeitnah über diese Fortschritte informiert ist, hat die SVP einen Antrag gestellt, dass der Gemeinderat jährlich über den Projektstand der Massnahmen V, E und M berichtet, eingereicht. Sie bedankt sich für die Unterstützung dieses Antrags.

*Peter Frauchiger, FDP* bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls für diesen Bericht. Es wurde schon viel oder fast alles gesagt. Ergänzend dazu noch zwei Punkte. Zum einen ist der FDP-Fraktion ins Auge gefallen, dass die Datengrundlage aus 2016 stammt, sie gehen davon aus, dass es heute auch schon etwas besser aussieht bezüglich erneuerbarer Energie. Der zweite Punkt ist: der Bericht, so wie er jetzt dargestellt ist, ist doch sehr an der Oberfläche gehalten. Er hat viel Quantität, strukturierte Quantität, aber lässt dann auf qualitative Aspekte oder konkrete Aspekte doch noch viel Luft nach oben. In diesem Sinn freut sich die FDP, dass es konkret weitergeht und unterstützt die Kenntnisnahme.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* möchte zwei Sachen aufgreifen und darauf etwas sagen. Die SVP-Fraktion hat gesagt, dass die Mobilität ausgenommen ist, dies ist korrekt. Es gibt ein separates Mobilitätskonzept. Dies ist kein Widerspruch im Zusammenhang mit der Massnahme, welche Anschlussmöglichkeiten schafft. Das Problem liegt darin, dass es immer auch Schnittstellen gibt, es geht dort um das Bereitstellen der Energie für die nachhaltige Mobilität. Das ist halt die Frage, ob man das gänzlich herausnimmt, hier hatte man jetzt das Gefühl, dass das hier hinein gehört. Dies sind Schnittstellenthemen, wo nicht immer alles scharf getrennt werden kann, deshalb ist das jetzt so. Ein Punkt welcher die Mitte/glp-Fraktion noch erwähnt hat, Kommunikation. Sie weist gerne darauf hin, dass im Herbst im gesamten Leimental – eine davon in Binningen – drei Veranstaltungen abgehalten werden zum Thema erneuerbar Heizen. Dort werden alle Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer angeschrieben, damit sie sich informieren können. Die anderen Anregungen nimmt sie sehr gerne auf. Primeo – ist bekannt – ist schwierig, aber immerhin wird auf diese Heizperiode die Heizzentrale Spiegelfeld auf erneuerbar umgestellt, dort wurde umgestellt auf Pellets. Und auf die nächste Heizperiode – das dauert noch einen Moment – 2022/2023 kommt dann diese Wasser- Abwasserwärmenutzung, sofern dort alles planmässig verläuft. Zumindest gibt es hier gewisse Aussichten auf eine Verbesserung. Noch etwas zum Antrag der SVP wegen der Berichterstattung. Sie versteht, dass dieses Bedürfnis besteht in Bezug auf die Überwachung der Zielsetzungen. Sie bittet den Einwohnerrat jedoch diesen Antrag nicht einfach so gut zu heissen, wenn überhaupt. Dann ist höchstens ein 5-Jahresrhythmus denkbar. Weshalb? Bezüglich der Ziele auf S. 23 oder ab S. 29 wo diese detailliert erläutert werden, die Jahreszahlen 2025 2030 2035 und dann wieder 2050. Es handelt sich um einen Bereich, wo grosse Schritte gemacht werden, eine jährliche Berichterstattung verursacht wahnsinnig viel Aufwand und bringt unter dem Strich nichts. Wenn

eine Berichterstattung gewollt ist möchte sie beliebt machen, dass dieser 5-Jahresrythmus genommen wird, das erste Mal auf das Jahr 2026, das tönt weit weg es ist aber so. Das erste Ziel ist im Jahr 2025 welches erreicht werden möchte in der Energieplanung, es wäre deshalb sinnvoll im Jahr darauf eine erste Berichterstattung zu machen. Zur Erinnerung: bei der Energiestrategie gibt es auch nur eine vier-jährige Berichterstattung. Wenn man hier jetzt auf eine jährliche Berichterstattung geht – wo es auch viel weniger im eigenen Einflussbereich gibt – dann wird viel Aufwand verursacht ohne für die Gemeinde wirklich erkennbaren Ertrag.

*Barbara Fankhauser, SVP* denkt, die SVP-Fraktion möchte auf dieser jährlichen Berichterstattung bestehen. Es geht ja dann nicht darum, dass im Detail gesehen werden kann, man ist etwas weitergekommen, sondern einfach an welchen Themen (es sind ja diverse Ziele) wurde überhaupt gearbeitet im vergangenen Jahr. Das ist der Fokus. Es wird sicher das eine oder andere geben, wo ein Jahr lang praktisch nichts passiert, in einem anderen Ziel wird viel passieren. Sie hätten das sehr interessant gefunden und von dem her würde sie auf dieser jährlichen Berichterstattung beharren.

*Felix Gerber, GLP* hat eine Frage an die Gemeinderätin zum eben geschilderten Aufwand für die jährliche Berichterstattung. Er stellt sich vor, es gibt irgendwelche Statistiken zu der Heiz-art etc. welche einfach auf datiert werden welche ohne grösseren Aufwand zusammen mit einem Aktivitäten Protokoll zugänglich gemacht werden könnte. Oder sieht er dies falsch? Weil grundsätzlich fände er das nicht schlecht, wenn das regelmässig an die Öffentlichkeit oder auch an den Einwohnerrat zurück getragen würde, dies in Erinnerung zu rufen.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* bejaht, dass diese Daten irgendwo erfasst werden. Für diesen Bericht war dies ein Planungsbüro welches diese Daten erhoben hat. Woher dieses die Daten alle hat – ein Teil ist sicher vom statistischen Amt, ein Teil ist vom Amt für Umwelt und Energie. Diese Daten kann man nicht einfach auf Knopfdruck wieder zusammen suchen. Auch der Kanton braucht immer länger bis er diese Daten wieder à jour hat. Der Aufwand ist einfach erheblich. Einerseits müsste man wissen, über was man alles jährlich berichten müsste. Im Moment kann sie nicht sagen, woher man diese Daten alle bekommen würde und wie gross der Aufwand ist, diese zusammen zu tragen. Sie sagt, es macht keinen Sinn eine jährliche Berichterstattung zu machen, wenn grundsätzlich Ziele vorhanden sind welche in 5-jahres Schritten festgelegt sind. Im Bereich Energiestrategie kann viel mehr selber gesteuert werden. Hier kann viel selber nicht gesteuert werden. Was die privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer machen, es kann versucht werden zu informieren und zu unterstützen. Die Erneuerungszyklen der Liegenschaften können nicht beeinflusst werden. Deshalb ist der Aufwand für eine jährliche Berichterstattung einfach unverhältnismässig. Deshalb ist sie der Meinung, dass man dies am Rhythmus der Ziele angleichen muss.

*Luzi Jehle, SP* kann kurz etwas zum technischen sagen. Er hat für die Energiestatistik gearbeitet im Kanton. Diese wird vom statistischen Amt zweijährlich gemacht, zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt. Die Grundlage bildet sehr oft die Führungskontrolle und diese findet auch nicht jährlich statt, sondern dies findet alle paar Jahre pro Haus statt. Wenn man selber eine Heizung hat weiss man vielleicht wie oft jemand vorbei kommt. Dies ist auch ein Grund weshalb wahrscheinlich diese Zahlen und Daten im Bericht schon etwas älter sind, weil dies eine gewisse Zeit braucht. Wenn 2018 die Statistik gemacht wurde, wurden die Zahlen irgendwann im 2020 verwertbar. Deshalb ist man hier wahrscheinlich immer etwas im Verzug und die Zahlen sind nicht jährlich aktualisiert.

*Christoph Maier, FDP* sagt, eine der effizientesten Massnahmen wurde vorher angesprochen, die Kommunikation. Ist es nicht richtig, wie es die SVP fordert, dass eben bevor etwas kommuniziert werden kann tatsächlich ein Bericht vorliegt, ein Update. Wie gut sieht dies aus, wenn berichtet werden kann wie es in der Gemeinde Binningen tatsächlich mit der Umsetzung der Energiestrategie geht. Wie wichtig wäre es, tatsächlich real time zu erfahren, was in der Gemeinde Binningen passiert, wie viele Personen umgestiegen sind von fossilen Brennstoffen zu nicht fossilen Brennstoffen. Wie gut wäre dies zu kom-

munizieren um auch zu zeigen, dass tatsächlich etwas passiert und wie richtig ist es deshalb – wie die SVP dies fordert – dass jährlich darüber berichtet wird. Selbstverständlich geht es nicht darum ein Bürokratiemonster zu machen, aber es geht darum zu erheben was in der Gemeinde passiert und dies selber zu tun und nicht wieder einem dritten Planungsbüro den Auftrag zu geben, Daten zu aggregieren und dafür noch viel Geld zu bezahlen. Dieses Geld sollte lieber dafür eingesetzt werden, um selber Daten zu generieren welche dann verwendet werden können um darüber zu berichten.

*Urs Hauri, SP* versteht, dass man diese Daten gerne hätte und fände es auch gut, die ganzen Fortschritte zu kommunizieren. Er hat bestes Verständnis für die Positionen der SVP und FDP. Auf der anderen Seite ist die Gemeinderätin welche sagt, es ist ein relativ grosser Aufwand. Luzi Jehle hat das Problem dargelegt. Es gibt immer die Diskussion über Kosten und es stellt sich hier jetzt die Frage ob dieser Ball zurück gespielt wird, wenn die eine Seite das Ziel hat, dass man diese Daten hat um etwas kommunizieren zu können. Auf der anderen Seite weiss man nicht recht was es kostet. Der Rat soll das doch zurückgeben an den Gemeinderat, dieser soll aufstellen was für Kosten sich ergeben pro Jahr, wenn dies gemacht werden soll, dann kann darüber abgestimmt werden.

*Rahel Amacker, CVP* wiederholt was Felix Gerber gesagt hat. Kommunikation an die Anwohnerinnen und Anwohner ist wichtig, sie glaubt eine jährliche Berichterstattung ist aber nicht der richtige Weg dazu. Sondern geht es um andere Kommunikation, darum auf die Bevölkerung zuzugehen und hier ist sie überzeugt die Ressourcen besser einsetzen zu können. Beispielsweise mit Veranstaltungen wie es die Gemeinderätin angesprochen hat oder eben auch damit kreative Wege entwickelt werden können. Sie glaubt aber, dass ein jährlicher Bericht nicht gelesen wird und keine neuen Personen erreicht werden können. Sie ist deshalb dafür den anderen Weg der Kommunikation zu fördern und nicht jedes Jahr ein Bericht zu veröffentlichen.

*Barbara Fankhauser, SVP* meint es könne evtl. ein Missverständnis vorliegen. Sie möchte nicht jedes Jahr einen solch dicken Bericht. Sie möchten jedes Jahr bei jedem der Ziele zu allen Meilensteinen eine Übersicht. Das wäre die Idee, nicht jedes Mal ein Bericht über fast 70 Seiten. Es geht nur um diese Massnahmenblätter mit diesen Zielen, das ist die Intension der SVP und somit hat man auch ein gutes Kommunikationsmittel resp. Grundlage die Bevölkerung zu informieren. Das war die Absicht.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich und versteht das. Das Problem kommt auf, wenn dann ein Ziel bei einem Meilenstein nicht erreicht wurde. Dann muss das ja begründet werden, weshalb, sonst ist das nicht ausreichend für die Zufriedenheit. Dann möchte man ja wissen weshalb, das ja zu Recht. Das ist genau das, was wieder Arbeit verursacht. Von Luzi Jehle wurde gehört, dass Daten nur alle zwei Jahre oder sogar in einem längeren Rhythmus erhoben werden. Selber Statistik führen würde auf einen Antrag für Personalressourcen herauslaufen, diese Statistiken selber zu führen. Es sind keine Ressourcen vorhanden, abgesehen davon ist es auch birnenweich wenn selber statistische Daten geführt werde welche das statistische Amt und die Führungskontrolle erheben und dort weitergeleitet werden. Wenn dies selber gemacht wird, dann werden Redundanzen geschaffen welche nicht wahnsinnig sinnvoll sind. Deshalb sagt sie nützt dies unter dem Strich nichts und der Rat ist zu Recht auch nicht zufrieden damit. Eine jährliche Berichterstattung bringt (was auch immer man unter einem Bericht versteht) unter dem Strich einfach nichts. Lieber wird ein qualitativ guter Bericht gemacht welcher natürlich nicht so lang sein muss wie der vorliegende, wenn es wirklich etwas zu berichten gibt. Eine jährliche Kontrolle bringt in der Sache selber nichts, die Ressourcen sollten lieber in die Information der Bevölkerung investiert werden, aufrütteln, animieren und sie dazu bringen, ihre Heizsysteme umzustellen.

Der *Einwohnerratspräsident* bedankt sich und sagt, dass die Argumente dargelegt und Meinungen ausgetauscht wurden zu diesem Antrag und er möchte gerne darüber abstimmen. Die Gesamtvorlage ist eine Kenntnisnahme, abgestimmt wird also nur über den Antrag der SVP. Dieser lautet wie folgt: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dem Einwohnerrat jährlich die im Bericht «Kommunaler Energieplan



Binningen» aufgeführten Massnahmenblätter V, E und M mit den aktualisierten Daten zur Kenntnisnahme zukommen zu lassen.

#### ABSTIMMUNG

Wer dem Antrag der SVP zustimmt, stimmt Ja und zeigt grün, wer diesen ablehnen möchte stimmt Nein und zeigt rot, Enthaltungen.

Antrag SVP: 15 JA / 17 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 05)

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt die kommunale Energieplanung zur Kenntnis.

---

### Traktandum 4

Nr. 66

#### Rückständebericht 2021

Der Rückständebericht muss nach Geschäftsordnung Auskunft über die pendenten Vorstösse geben, erläutert der Einwohnerratspräsident.

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Simone Abt, SP* informiert im Namen der SP-Fraktion darüber, dass der Rückständebericht eingehend studiert und darüber beraten wurde. Sie bedankt sich für diesen verständlichen und ausführlichen Bericht. Sie haben sich etwas gefragt und findet es wichtig, sich darüber auszutauschen damit keine Missverständnisse entstehen. Sie erinnert sich, dass vor einer gewissen Zeit vom Parlament aus der Wunsch geäussert wurde, dass nicht reihenweise Abschreibungsanträge im Rückständebericht präsentiert werden. Im vorliegenden findet sich nun zu jedem erwähnten Vorstoss eine gute Begründungen, ausführlich berichtet wie ist der Stand, keinerlei Abschreibungen. Fragen dazu: 1. Liegt dies daran, dass zum jetzigen Zeitpunkt gar nichts zur Abschreibung empfohlen werden könnte? Oder heisst dies, dass der Gemeinderat dies nicht mehr macht und das das Parlament selber anregen muss, einen Vorstoss abzuschreiben, wenn es dies nötig fände? Damit hier eine gewisse Regelung oder Handhabung entwickelt werden kann. Der SP-Fraktion war dies nicht ganz klar. Sie wünscht sich im Rahmen einer kurzen Stellungnahme ein Wort dazu, damit dies klar ist. Die SP-Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderats und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

*Jürg Blaser, SVP* dankt dem Gemeinderat im Namen der SVP-Fraktion für die Zusammenstellung des Rückständeberichts und nimmt davon Kenntnis. Beim Postulat der SVP mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen ist die SVP zufrieden, dass der Gemeinderat dieses Postulat unter dessen bearbeitet hat und dies uns in der heutigen Traktandenliste vorliegt.

*Peter Bertschi, EVP* nimmt den Bericht im Namen der Grüne/EVP-Fraktion zur Kenntnis und hofft auf eine rasche Bearbeitung der noch offenen Rückstände. Ihnen ist positiv aufgefallen, dass der Gemeinderat sämtliche noch offenen Vorstösse weiter behandeln wird. Aus ihrer Sicht wären diese Rückstände auch eine geeignete Zielgrösse für den Gemeinderat, welche er im Jahresbericht erwähnen könnte.

*Daniel Setz, FDP* bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht und nimmt diesen zur Kenntnis. Sie nimmt positiv Kenntnis davon, dass sich die Anzahl der Rückstände reduziert hat und sie hoffen, dass die noch pendenten Vorstösse in nächster Zeit bearbeitet werden können.

*Thomas Hafner, CVP* sagt, sollten auch Vorstösse in der Zwischenzeit nicht mehr dem aktuellen Stand der damaligen Situationen entsprechen, wäre es trotzdem angezeigt wenn der Gemeinderat einen dazugehörigen Bericht erfasst und dem Einwohnerrat zur Diskussion, Beratung und Erledigung der Thematik einbringt. Somit für die ordentliche Abschreibung eines Geschäfts sorgen kann. Die CVP/glp-Fraktion möchte den Gemeinderat anregen, sich dazu Gedanken zu machen, wie es möglich wäre wenn noch hängige parlamentarische Vorstösse vorhanden sind, dass diese trotzdem erledigt werden können. Es geht ihm etwas, wie es Simone Abt gesagt hat, dass es vielleicht eben doch Möglichkeiten gibt, etwas abzuschreiben was schon lange hängig ist. Aber hier wären sie froh, wenn der Gemeinderat sagen würde, wie er sich das genau wünscht. Somit hofft er natürlich auch, dass im Amtsjahr des neuen Einwohnerratspräsidenten das eine oder andere Postulat resp. Motion ebenfalls als erledigt abgeschrieben werden kann.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich für die positiven Rückmeldungen und auch für diese schönen Voten. Gerne nimmt er zu diesen beiden Fragen oder Punkten von SP und Mitte Stellung. Der Gemeinderat hat sich wie das erwähnt wurde an den Entscheid des Einwohnerrats gehalten, welcher beschlossen hat, dass zusammen mit dem Rückständebericht keine Abschreibungen mehr erfolgen sollen. Das ist protokollarisch so festgehalten und letztes Jahr in einem speziellen Fall wurde eine Ausnahme gemacht. Diesbezüglich wurde das Parlament angefragt, mit der Erklärung, dort wurde gesagt, dass man Ausnahmsweise mit dieser einen Abschreibung einverstanden ist. Wenn das Parlament möchte, dass zusammen mit dem Bericht wieder die Möglichkeit genutzt werden kann, alte oder erledigte Vorstösse direkt abzuschreiben, dann braucht es einen revidierten oder neuen Beschluss. Zum zweiten: Vorstösse welche schon seit längerer Zeit auf der Liste sind, wo sich nichts verändert hat aber der Inhalt des Vorstosses noch nicht abschliessend erledigt ist. Hierzu hat der Gemeinderat in früheren Jahren zwei, drei Mal einen Anlauf genommen und hat diese Situation dargelegt. Die Mehrheit des Einwohnerrats hat dem Gemeinderat dann auf den Heimweg gegeben, dass er gerne möchte, dass diese Vorstösse darauf bleiben. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat auch hier jetzt vor allem auch mit dem Bericht keine entsprechenden abschliessenden Voten gefasst, sondern hat das Parlament einfach informiert, was ist seither gegangen, wo stehen wir. Der Gemeinderat macht gerne einen Bericht welcher dem Parlament auch dient und welcher für die Arbeit des Parlaments möglichst sinnvoll und einfach ist. Wenn dazu entsprechende Anpassungen einfach auf Grund der Erfahrungen oder von der Zeit her ein Bedürfnis, ein Wunsch sind, dann nimmt der Gemeinderat diese sehr gerne entgegen. Er wäre einfach froh, dies könnte wieder im Rahmen eines Beschluss von einem Einwohnerratsprotokoll stehen, damit eine verbindliche Grundlage vorhanden ist.

Der *Einwohnerratspräsident* bedankt sich für die Wortmeldungen. Es handelt sich um ein Kenntnisnahme Geschäft und es wird nicht darüber abgestimmt. Er schlägt vor, dieses Thema im Büro kurz einmal zu diskutieren, ob dies allenfalls ein Weg ist wo der Einwohnerrat wieder darauf zurückkommen sollte. Dann müsste dies nicht heute Abend im Plenum besprochen werden. Er wird dafür sorgen, dies im Büro kurz zu thematisieren.

## BESCHLUSS

---

*://:* Der Einwohnerrat nimmt den Rückständebericht 2021 zur Kenntnis.

---

---

## Dringliche interfraktionelle Motion: neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen

Der *Einwohnerratspräsident* weist gleich zu Beginn darauf hin, dass etliche Anträge zu den Anträgen des Gemeinderats vorliegen. Er bittet innerhalb der Fraktionen wirklich kurz auf die Anträge einzugehen, so dass anschliessend abgestimmt werden kann und allen klar ist, über was abgestimmt werden soll bei diesen Anträgen.

### GESCHÄFTSBERATUNG

*Bettina Benthaus, SP* beginnt als Mit-Motionärin und hat eigentlich das Votum für das letzte Mal schon vorbereitet und wollte sich für das schnelle Vorgehen bedanken. Jetzt ist leider schon wieder ein Monat vergangen, trotzdem ist sie froh, dass das Geschäft jetzt wenigstens vorgezogen wurde und heute sicher noch behandelt wird damit es auf die nächste, übernächste Abstimmung endlich Neuerungen geben kann. Die SP-Fraktion findet den konstruktiven Vorschlag, mit der Einsicht, dass die Meinungsbildung neu autonom gesteuert werden muss und eine bestmögliche Flexibilität in der zeitlichen Anforderung gewährleistet werden soll, toll. Sie finden das pragmatische Vorgehen des Gemeinderats gut und begrüssen, dass der Übergang in das digitale Zeitalter fliegend stattfinden soll. Bei der ersten Auseinandersetzung mit diesem Thema waren sie noch gegen die ausschliesslich digitalen Plakatierungsstellen, sie sehen aber ein, dass dies in Zukunft Sinn macht und nicht mehr anders geht. Die fünf konventionellen Plakatstellen sollen durch die regionalen Fachunternehmen aufgezogen werden. Wird damit ein Binninger regionales Fachgeschäft beauftragt würde sie interessieren? Ebenfalls was passiert denn jetzt mit der zwölfmonatigen Kündigungsfrist mit der APG? Wie wird dies der Gemeinderat lösen? Zum dritten Antrag, dies ist für sie unbestritten, das Eine schliesst das Andere nicht aus. Deshalb kann die SP-Fraktion allen drei Anträgen zustimmen und sieht dies als Möglichkeit, dass dies in der Praxis zeigen soll und dass man auch jederzeit Änderungen zufügen oder entfernen kann.

*Roman Oberli, SVP* bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung für dieses Geschäft. Dass der Vertrag mit der APG überprüft wurde war längst überfällig. Dass der Gemeinderat in Zukunft das Zepter in die eigene Hand nehmen möchte, finden sie grundsätzlich gut. Nur stellt sich ihnen anhand des Berichtes die Frage, wer das in Zukunft plakatieren wird, wenn der Werkhof das Know How dazu nicht hat? Und was kostet dies? Würde hier langfristig eine Schulung der Mitarbeiter nicht Sinn machen? Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass Stand heute eine rein digitale Plakatierungslösung vor allem aus Kostengründen nicht die einzige Lösung sein kann. Apropos Kosten: was meint der Gemeinderat bei Antrag eins mit möglichst Kostenneutral? Welche Kosten kommen hier auf die Gemeinde effektiv zu? Die SVP wird den Anträgen zwei und drei zustimmen, hat aber einen Gegenantrag zu Antrag eins. Sie möchte, dass die Zusammenarbeit mit einem externen Werbeanbieter für die Gemeinde keine Kosten generiert. So wird keine Blackbox mit einer Absichtserklärung beschlossen sondern klare Rahmenbedingungen geschaffen.

*Andrea Schilling, Grüne* bedankt sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion für die detaillierte Zusammenstellung der verschiedenen Plakatierungskonzepte. Gleichzeitig haben sie auch kritische Anmerkungen. So sehen sie die unnützen und vor allem unökologischen Wege, welche die Plakate in Zusammenarbeit mit der APG zurücklegen, nicht ein. Sie denken, dass der Werkhof sehr wohl in der Lage wäre diese Arbeit zu erledigen. So würden einerseits die Wege und andererseits auch das Thema der langen Vorlaufzeiten für den Plakatierungsbedarf entfallen. Der Einsatz der digitalen Screens ist wohl Zukunft. Dies kann aber auch nicht so schnell aus dem Boden gestampft werden. Und auch hier braucht es ein entsprechend geschultes Personal, welches diese Inhalte einspeist. Sie fragen sich auch, ob dies nicht zu einer Ent-Demokratisierung der Bevölkerung führt, wenn die Wählerschaft nur punktuell – nämlich sie genau zur richtigen Zeit am richtigen Ort steht – erreicht wird. Stichwort punktuell: wo wären diese allfälligen Standorte geplant? So sind sie im Moment nicht für die Anschaffung von digitalen Plakatstellen und sie geht zum Antrag zwei über, wo die Grüne/EVP-Fraktion beantragt sieben statt den fünf konven-

tionellen Plakatstellen zu beschaffen. Zudem stellt sich für sie die Frage, wie der Vertrag mit der APG bezüglich dem Submissionsgesetz übereinstimmt. Die Tatsache einer Abhängigkeit gegenüber der APG zieht sich durch das ganze Thema. Es ist an der Zeit, dass da neue Wege eingeschlagen werden. Den Antrag drei heisst die Grüne/EVP-Fraktion gut. Wünschenswert wäre jedoch, dass die Besucherinnenzahl der Zugriffe auf die Webseite immer wieder einmal mitgeteilt werden um zu sehen, in welchem Rahmen diese Plattform wirklich genutzt wird. Die entsprechenden Beschlussanträge liegen dem Einwohnerratspräsidium vor.

*Andrea Alt, CVP* bedankt sich bei der Verwaltung für die eingehende Prüfung dieses Anliegens aller Parteien. Sie sind froh, dass die Gemeinde dem Einwohnerrat einen zukunftsorientierten Vorschlag unterbreitet. Einen schrittweisen Umstieg in die digitale Plakatierung finden sie fortschrittlich, vor allem im Hinblick auf die ältere Wohnbevölkerung. Menschen sollen sich schrittweise umgewöhnen können. Das Gleiche gilt auch für die Parteien. Aus diesem Grund erachten sie es als sinnvoll, diesen Prozess auch immer wieder mit den Präsidien der Ortsparteien zu evaluieren. Wie anhand der Gegenüberstellung im Bericht erkannt werden kann, ergeben sich bei jeder Variante Vor- und Nachteile und man wird es nie allen Parteien wie auch Einwohnerinnen und Einwohnern recht machen können. Mit dem Vorschlag des Gemeinderats kommt man sicher dem Wunsch der Parteien entgegen und auch die Bevölkerung muss sich nicht von heute auf morgen auf eine gänzlich neue Lösung einstellen. Sie stimmen allen drei Anträgen des Gemeinderats zu.

*Peter Frauchiger, FDP* konnte dies als Mitmotionär in die Fraktion einbringen. Er macht es kurz, es gibt nichts mehr Materielles hinzuzufügen zu den vorherigen Voten. Die FDP-Fraktion stimmt allen drei Anträgen zu und bedankt sich für die Bewirtschaftung durch den Gemeinderat.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich für die Rückmeldungen. Er glaubt anhand der Rückmeldungen, dass es allenfalls eine Verständnisschwierigkeit oder vielleicht auch eine unpräzise Formulierung gegeben hat bezüglich der digitalen Plakatstellen. Kosten fallen für die Gemeinde für die digitalen Plakatstellen keine an. Der Hintergrund ist, dass in verschiedenen grösseren Städten Test- und Pilotphasen laufen, wo die digitale Lösung im grossen Stil ausprobiert wird. Wie im Bericht steht, wurde mit zwei solchen Anbietern Kontakt aufgenommen. Wenn die Gemeinde die Gelegenheit gibt, dass solche digitalen Plakatstellen montiert werden dürfen und diese im Normalfall für Werbung genutzt werden können, dann hat die Gemeinde einerseits die Möglichkeit allgemeine Informationen im Stil eines Plakats aufschalten kann, andererseits während Abstimmungen und Wahlen die Abstimmungs- und Wahlplakate darauf zu platzieren. Das heisst: in diesem Sinne fallen keine Investitionskosten an, diese Anlagen werden nicht gekauft und für das Aufschalten der eigenen Grundlagen, die Abstimmungs- und Wahlplakate und die Informationsplakate der Gemeinde, muss nichts bezahlt werden. Zum Punkt des ganzen Ablaufs: Am Schluss ist es massgebend, dass weiter Papierplakate aufgestellt werden können. Das hat auch damit zu tun, dass natürlich die Investition eines solchen digitalen Plakatständers auch an einem Ort sein muss, wo diese Firma welche dieses Geld investiert, auch das Gefühl hat, dass sie eine möglichst grosse Kundschaft und eine möglichst grosse Zahl an Leser erreicht. Das heisst in den Aussenquartieren der Gemeinde ist dies zumindest heute noch nicht unbedingt der Wunschstandort dieser digitalen Plakatunternehmen. Deshalb ist es wichtig, dass die bestehenden Standorte weiterhin gepflegt werden können und dort der Einfachheit halber die heutige Lösung in Zukunft gebracht werden kann. Am Schluss ist es massgebend, dass die Plakate welche dort aufgehängt werden, sauber, glatt, eben, blasenlos und vor allem zur richtigen Zeit aufgehängt werden. Er glaubt es ist nicht massgebend, dass seitens Parlament oder Gemeinderat darüber gesprochen wird, ob jetzt dies der Werkhof oder allenfalls ein Plakatierungsunternehmen welches hier in der Region zu Hause ist, schneller oder besser macht. Was ganz wichtig ist, ist dass die Termine eingehalten werden können. Die Erläuterung, wie dies mit eigenem Personal gemacht werden soll – es muss immer sichergestellt werden, dass es Vertretungen in Folge Krankheit und Ferien gibt – das heisst also dass mindestens zwei Personen entsprechend geschult werden müssen. Es braucht aber auch das entsprechende Werkzeug, das entsprechende Material das ganze sauber aufzuziehen. Für eine Firma welche sonst tagtäglich tapeziert ist das Material immer auf

Lager, das Werkzeug immer da und vor allem Fachleute vorhanden. Die Kosten wurden ausgewiesen, das Personal im Werkhof oder auch sonst in der Verwaltung ist auch nicht gratis, kostet auch etwas. Deshalb liegt es in der Verhältnismässigkeit, dass wenn diese beiden Positionen gegenübergestellt werden, dass das sicher nicht Matchentscheidend ist. Was ganz sicher am Schluss massgebend ist, ist dass es für die Parteien eine einfache, eine klare und vor allem zeitgerechte Lösung ist. Bei der Idee des Gemeinderats ist der Aufwand oder die Arbeit der Parteien so zu verstehen, dass für die Papierplakate wie diese heute bestehen, die Gemeinde einen Ausdruck im entsprechenden Format benötigt. Für die digitale Lösung braucht sie genau von diesem Plakat, welches in Papierform zur Verfügung gestellt wird, einfach ein entsprechendes File. Der Vertrag mit der APG wird nicht tangiert von diesem Entscheid welcher im Einwohnerrat diskutiert wird. Die weitere Zukunft mit der Gesamtplakatierung in Binningen ist ein Prozess, wo der Gemeinderat auf jeden Fall daran ist und welcher losgelöst dessen zu Ende gebracht wird. Sie werden im Zusammenhang mit den konventionellen Plakatständern (wenn man dem Antrag des Gemeinderats folgend möchte braucht es ja zusätzliche) bevor das Geld in die Hand genommen wird und bei einem Schlosser die Ständer besorgt werden, noch einmal ein abschliessendes Gespräch mit der APG führen. Er ist noch nicht sicher, ob es am Schluss nicht doch gelingen könnte, hier ein kleines Entgegenkommen zu bekommen. Damit will er sagen, der Gemeinderat braucht die Entscheidung des Parlaments, dass er so rasch wie möglich diese Massnahmen umsetzen kann und für die Wahlen bzw. Abstimmungen welche im März 2022 stattfinden, mit der neuen Lösung bereit zu sein. Für diese im November wird dies nicht reichen, die Vorbereitungszeit ist zu kurz. Betreffend der Frage der Standorten der Plakatstellen möchte er sich weitestgehend an diese Stellen halten, welche heute schon mit den Papierplakaten umgesetzt wurden. Denn diese sind zusammen mit der Kantons- und der Gemeindepolizei sowie den Grundstückeigentümer geklärt worden. Bezüglich Verträglichkeitspunkt Submissionsgesetz Vertrag APG hat er erwähnt, dass hier unabhängig davon eine Prüfung stattfindet bzw. auch die zukünftigen Lösungen festzuhalten. Auch noch wichtig zu sehen ist, dass die Möglichkeit einem Plakatierungsunternehmen einen Vertrag anzubieten, wo dieses Plakate aufhängen kann, besteht. So kann ein kleiner Beitrag erreicht werden, welcher das Unternehmen für die Zusicherung an die Gemeinde entgelten muss. Dies war in einer früheren geschäftlichen Grundlage der Fall, so ist es auch heute der Fall, dass die Gemeinde von der APG eine Entschädigung erhält. Wie das in Zukunft aussehen wird und vor allem auch mit der ganzen Entwicklung der Digitalisierung, hier ist der Gemeinderat dabei, dies entsprechend aufzubereiten. So bald hier Lösungen oder ein Einblick vorliegen, wird der Einwohnerrat gerne informiert.

*Thomas Schwarb, Grüne* möchte auf einen Punkt der elektronischen Plakate hinweisen, welche die Grüne/EVP-Fraktion zur Überzeugung gebracht hat, dass dies für die politischen Plakate nicht geeignet ist. Dies ist eben, dass elektronische Plakate nicht statisch sind, sondern wechseln, d.h. dass alle 10, 20 Sekunden (in welchem Rhythmus auch immer), ein anderes Plakat gezeigt wird und, dass natürlich auch während den Abstimmungen nebst den politischen Plakaten kommerzielle Werbepлакate gezeigt werden. Deshalb werden an einem Standort zwar alle möglichen Plakate ersichtlich sein, aber wenn eines übersehen wurde wird es eben nicht mehr angezeigt. Das ist ein Unterschied zu den Plakaten, welche auf dem Weg zum Becker oder sonst wo, daran vorbeiläuft und diese immer dort stehen. Deshalb sind sie der Meinung, dass dies nicht ein geeignetes Mittel ist, nicht dass sonst – ausser den ökologischen Gründen – wesentliche Gründe gegen moderne Plakate bestehen.

*Marc Schinzel, FDP* bedankt sich beim Gemeinderat für die gute Beantwortung dieses Vorstosses und auch für die Erläuterungen des Gemeindepräsidenten Mike Keller, welcher das jetzt noch weiter konkretisiert hat. Er möchte den Punkt von Thomas Schwarb zu den digitalen Plakaten aufgreifen. Diesbezüglich hat er sich natürlich auch Überlegungen gemacht. Das ist halt die Neuerung welche einhergeht mit der neuen Methode welche ausprobiert wird. Hier muss gesehen werden, wie dies ankommt, er denkt aber, dieser Schritt kann gemacht werden. Ein Anliegen hat er, er möchte dem Gemeinderat ans Herz legen zu sehen, wie es dann z.B. mit dem Vandalismus steht mit diesen Plakaten. Dies kann ja dann auch besonders ärgerlich sein, das muss vielleicht auch sorgfältig abgeklärt werden, was dann gemacht wird, dass eine Vandalismus Resistenz erreicht werden könnte.

Der *Präsident* erkennt keine weiteren Voten mehr im Saal stellt die Frage an die SVP-Fraktion, ob Konrad Widmer die Sitzung verlassen hat. Dies wird bestätigt. Dann sind 34 Personen im Saal und das absolute Mehr liegt bei 18. Die SVP möchte folgendes anfragen: der Gemeindepräsident hat ganz am Anfang erläutert, dass eigentlich keine weiteren Kosten entstehen bei den fünf digitalen Plakatstellen. Der Antrag der SVP ist ja explizit darauf ausgerichtet, dass dies mit keinen zusätzlichen Kosten realisiert wird. Frage an die SVP: wird der Antrag aufrechterhalten, im Wortlaut des Antrag eins mit Ausnahme «...dass für die Gemeinde keine zusätzlichen Kosten anfallen oder generiert werden»? Bleibt der Antrag bestehen?

*Luzi Jehle, SP* hat noch eine Frage an den Gemeindepräsident. Versteht er es richtig, dass eigentlich der Preis ist, dass neue und nicht der Ersatz von bestehenden Werbestedorten auf Allmend gemeint ist, dass so zu sagen die Gemeinde Firmen zusätzlich ermöglicht Werbung zu machen und dann dafür die eigenen Politikwerbung gemacht werden kann?

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* findet dies eine berechtigte Frage. Ziel ist es, die eigene Allmend nicht mit Plakatstellen – seien diese herkömmlich oder digital – zuzupflastern. Was auf jeden Fall geprüft werden wird, weil dies auch etwas Neues ist. Papierplakate wurden einfach an einer Wandfläche montiert, welche möglichst gut sichtbar war und niemanden gestört hat. Bei den digitalen Plakaten ist die Erkennbarkeit und vor allem auch der Ort wo diese angebracht werden noch etwas anders. Zum Beispiel in der Stadt Zug läuft ein Versuch, wie dies wartende Personen welche auf den Bus und auf das Tram warten aufnehmen. Wie ist die Aufmerksamkeit, also bringt das etwas? In den Metrostationen hat man schon seit mehreren Jahren solche Bildschirme, welche Informationen und Werbung wiedergeben, dies sei heute praktisch Standard, dass wenn jemand auf die Metro wartet automatisch an diese Wand schaut, bis dann der nächste Zug einfährt. Das wurde im Detail noch nicht abgeklärt und er hofft, dass auf der einen Seite gute Standorte gefunden werden, damit eben auch der Nutzen und letztlich auch die Aufmerksamkeit von diesen digitalen Stellen möglichst gut ist. Auf der anderen Seite soll nicht ganz Binningen parallel mit Papier- und Digitalplakaten zugepflastert werden. Er hat keine konkrete oder abschliessende Antwort weil es ein laufender Prozess ist. Er möchte hier sagen und dazu steht er auch, dass eine verträgliche Lösung gesucht wird. Wenn immer möglich eine digitale Stelle durch eine Papierstelle aufzuheben und nicht zu ergänzen.

*Stephan Appenzeller, SP* hat noch eine Ergänzungsfrage an den Gemeindepräsident zu diesem Thema. ÖV-Haltstellen wurden angesprochen. In Binningen gehören diese entweder der BLT und wenn sie an der Hauptstrasse sind, dann sind sie Eigentum des Kantons, seines Wissens. Da würden ja höchstens die paar Haltstellen entlang der 61er Buslinie in Frage kommen. Sind dies diese, an welche gedacht werden?

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* weist genau darauf hin, was er vorher gesagt hat. Es hat keinen Sinn, an der 61er Buslinie entlang, weil dort das Meiste der Gemeinde gehört einfach fünf solche Stellen aufzustellen. Sondern dort, wo jetzt im Plakatierungsprozess für die Abstimmungen schon Ständer waren, dass diese Standorte auch für eine digitale Lösung ins Auge gefasst werden. In wieweit hier ein OK erwartet werden kann oder noch etwas Ergänzendes mit Dritten gemacht werden muss, kann er abschliessend noch nicht sagen.

## ABSTIMMUNG

Der *Einwohnerratspräsident* erläutert kurz das Abstimmungsverfahren weil doch mehrere Anträge vorliegen. Als erstes wird über die Wortlautänderung im Antrag eins der SVP gegenüber dem gemeinderätlichen Antrag abgestimmt. Anschliessend wird über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt, ob dieser angenommen wird oder nicht, letztendlich. Weil die Grünen bestreiten diesen ja. Dann kommt der Antrag zwei, hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Grünen vor, über welchen abgestimmt wird.

Und dann über den Antrag der bleibt. Dann gibt es einen Zusatzantrag der Grünen – darauf kommt er zurück. Der Antrag drei scheint nicht bestritten zu sein, er wird dies noch einmal abfragen, und dann wird nicht darüber abgestimmt werden. Alle sind mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag 1 der SVP: Der erste Teil bleibt genau gleich, dann heisst es: es wird hierzu eine Zusammenarbeit mit einem externen Werbeanbieter beschlossen welcher für die Gemeinde keine zusätzlichen Kosten generiert. Dies steht jetzt gegen den Wortlaut des Gemeinderats auf der Vorlage 71. Es wird jetzt darüber abgestimmt. Wer dem Wortlaut des Gemeinderats folgt stimmt Ja, grün, wer dem Wortlaut der SVP folgt stimmt rot, Nein oder Enthaltet sich bitte.

Antrag SVP: 18 JA / 12 NEIN / 3 ENTHALTUNGEN (Abstimmung 06)

Da die Grünen diesem Antrag nicht folgen wollen, gibt es jetzt eine Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats. Wer den Antrag des Gemeinderats annehmen möchte, stimmt Ja, wer diesen ablehnt stimmt Nein und zeigt rot, oder Enthaltet sich.

Antrag Gemeinderat 1: 25 JA / 8 NEIN / 0 ENTHALTUNGEN (Abstimmung 07)

Weitergefahren wird mit Antrag 2 aus der Vorlage 71. Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Grünen vor. Die Grünen beantragen im Wortlaut gegenüber dem Gemeinderat: Der Einwohnerrat beschliesst den Erwerb von sieben konventionellen Plakatstellen/Papillon und stimmt hierfür der Budgetierung von CHF 31'500 zu (7 x CHF 4'500). Zusammengefasst geht es um sieben anstatt fünf und auch mit den entsprechenden Zusatzkosten. Folgendermassen wird abgestimmt: wer dem gemeinderätlichen Wortlaut mit fünf Plakatstellen zustimmt, stimmt Ja und zeigt grün. Wer dem Antrag der Grünen stattgeben möchte mit sieben Plakatstellen zeigt rot und stimmt Nein, oder Enthaltet sich.

Antrag Grüne: 15 JA / 12 NEIN / 2 ENTHALTUNGEN (Abstimmung 08)

*Christoph Maier, FDP* stellt einen Antrag auf Rückkommen und gleichzeitig möchte er die Fraktion der Grünen über ihr Abstimmungsverhalten befragen.

*Thomas Schwarb, Grüne* zeigt auf, dass die Erklärung relativ einfach ist. Sie hätten keine elektronischen Plakate gewollt, und diese Aufstockung auf sieben war ja, damit es an jedem bisherigen Standort mindestens eine Plakatstelle hat. Wenn man jetzt die elektronischen hat, dann braucht es diese Aufstockung einfach nicht mehr.

Der *Präsident* fragt Christoph Maier ob er an seinem Rückkommens-Antrag festhält mit dieser Erklärung. Christoph Maier hält am Antrag auf Wiederholung von dieser Abstimmung fest. Eine Wiederholung gibt es nicht, erläutert der Präsident, aber ein Rückkommen kann beschlossen werden. Dies bejaht Christoph Maier. Über das Rückkommen dieses Beschlusses wird abgestimmt. Wer zustimmt Rückkommen und Wiederholung dieser Antragsabstimmung stimmt grün, Ja, wer dagegen ist Nein, rot.

Rückkommen: 21 JA / 6 NEIN / 6 ENTHALTUNGEN (Abstimmung 09)

Der *Präsident* stellt noch einmal die Diskussion zum Antrag zwei des Gemeinderats in den Raum und bittet um Aufmerksamkeit, damit im Anschluss auch richtig abgestimmt wird. Die Grünen stellen den Antrag folgendermassen: Erwerb von sieben konventionellen Plakatstellen zum Betrag von CHF 31'500 der Gemeinderat mit fünf.

*Thomas Schwarb, Grüne* erläutert, dass es zur Abstimmung gekommen ist, ist nur daran gelegen dass der Rückzug nicht geklappt hat. Also die Grünen ziehen ihren Antrag zurück, nur diesen Antrag. Der Präsident bedankt sich, der Antrag ist zurückgezogen worden. Damit Klarheit herrscht wird in diesem Fall

nur über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt. Wer dem Antrag zwei des Gemeinderats so zustimmen möchte zeigt grün, mit Nein Ablehnung und rot.

Antrag Gemeinderat 2:            30 JA / 1 NEIN / 1 ENTHALTUNG            (Abstimmung 10)

Damit geht es weiter mit dem nächsten Antrag der Grünen. Dies ist ein Zusatzantrag welcher wie folgt lautet: der Einwohnerrat beschliesst, dass die Plakatierung nicht mehr über die APG erfolgt sondern die Gemeinde Binningen selbst zuständig ist. Er fragt gleich zu Beginn, ob die Grünen am Antrag festhalten, diese bejahen das. Dann wird über diesen Antrag abgestimmt: der Einwohnerrat beschliesst, dass die Plakatierung nicht mehr über die APG erfolgt sondern die Gemeinde Binningen selbst zuständig ist.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* präzisiert, dass dies nur Wahlen und Abstimmungen betrifft.

*Thomas Schwarb, Grüne* meint, dass an sich auch der Zusatzantrag APG überflüssig ist. Wenn es noch möglich ist, könnte man den Textteil nicht mehr über die APG erfolgt einfach streichen und sondern. Dass die Gemeinde Binningen selbst für die Plakatierung zuständig ist.

Der *Präsident* bittet ihn, den Antrag für das Plenum noch einmal ganz klar vorzulesen. Der Einwohnerrat beschliesst, dass die Gemeinde Binningen selbst für die Plakatierung zuständig ist.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* fragt nach, was damit genau gemeint ist.

*Thomas Schwarb, Grüne* antwortet, dass es immer noch das gleiche ist wie vorher. Die Frage hätte vorher kommen müssen, wenn es vorher klar war.

Der *Präsident* bittet die Räte, keine Kommissionsberatung zu machen aus diesem Geschäft und fragt, ob es noch dringende Voten gibt zu diesem Antrag zwei. Es wird über den Antrag der Grünen abgestimmt, dass die Plakatierung die Gemeinde Binningen selber zuständig ist. Wer diesem Antrag zustimmen möchte stimmt Ja, grün, wer diesen ablehnt bitte rot, Nein.

Antrag Grüne:                            8 JA / 19 NEIN / 6 ENTHALTUNGEN            (Abstimmung 11)

Der Präsident befragt den Rat, ob der Antrag drei bestritten ist. Aus der Diskussion war ihm das nicht bewusst, deshalb fragt er noch einmal klar, ob Antrag drei bestritten ist. Er sieht keine Wortmeldungen, damit ist dieser Antrag stillschweigend angenommen.

## BESCHLUSS

---

- ://:
1. Der Einwohnerrat beschliesst den künftigen Einsatz von fünf digitalen Plakatstellen (Screens). Es wird hierzu eine Zusammenarbeit mit einem externen Werbeanbieter angestrebt, um die Kosten möglichst neutral zu halten.
  2. Der Einwohnerrat beschliesst den Erwerb von fünf konventionellen Plakatstellen (Papillon) und stimmt hierfür der Budgetierung von CHF 22 500 (5 x CHF 4 500) zu.
  3. Der Einwohnerrat stimmt der Einrichtung einer Abstimmungsplattform auf [www.binningen.ch](http://www.binningen.ch), auf welcher jeweils die Parteieninformationen aufgeschaltet werden, zu.
-



## **Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen!**

Der Gemeinderat hat einen Bericht zur Kenntnisnahme unterbereitet und beantragt die Abschreibung vom Vorstoss.

*Simone Abt, SP* bedankt sich für das gute Sitzbankkonzept welches die SP-Fraktion mit Freude und Vergnügen zur Kenntnis genommen hat. Sie werden der Kenntnisnahme zustimmen und auch der Abschreibung des Vorstosses, welcher mit dieser Vorlage erledigt ist. Ganz besonders gefallen hat sie gefreut, dass die Thematik auf eine relativ kreative Art angegangen wurde. Ganz besonders toll, dass sich auch interessierte Einwohnerinnen und Einwohner bei der Gemeinde melden können, dass es dafür eine Plattform geben soll. Das findet sie super. Ebenfalls gut findet sie, dass die leicht neuralgischen Punkte wie Littering oder Bänkligruppen wo Ruhestörungen entstehen können, dass diese Punkte aufgegriffen und im Auge behalten wurden. Selbstverständlich will auch die SP-Fraktion Binningen nicht mit Bänken vollstellen, sondern dass diese an den richtigen und wichtigen Orten sind, wenn möglich nicht neben einem überbordenden Papierkorb. So etwas ist nicht angenehm und wird häufig angetroffen. Direkt neben dem Bänkli ein Papierkorb welcher zumindest zu Stosszeiten extrem vollgestopft ist. Es gehört auch zu einem Konzept, dass Bänke welche an einem ungeeigneten Ort stehen oder wo es dann halt zu unliebsamen Störungen führen kann, dass diese entfernt werden können. Weitere Bemerkungen hat sie desbezüglich keine. Noch einmal vielen Dank und die SP-Fraktion nimmt das sehr gerne zur Kenntnis und schreiben ab.

*Rahel Amacker, CVP* bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion beim Gemeinderat für die Erstellung von einem Sitzbankkonzept für Binningen und nimmt dieses zur Kenntnis. Sie werden dem Antrag des Gemeinderats folgen, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Für sie ist es wichtig, dass die Gemeinde attraktiv gestaltet ist und sich die Menschen gerne in Binningen aufhalten. Deshalb haben sie damals auch für die Überweisung von diesem Postulat gestimmt. Jetzt ist das Konzept da und es zeigt, dass es in Binningen ein umfangreiches und gut erhaltenes Netz von Sitz- und Ruhebänken gibt. Sie finden die auf der Homepage der Gemeinde geplante Plattform eine sehr gute Idee wo die Bevölkerung Hinweise für geeignete Standorte für Sitzgelegenheiten melden kann. Solche Standorte können dann situativ geprüft und beurteilt werden.

*Luzia Sutter Rehmann, Grüne* bedankt sich im Namen der Grünen für das Sitzbankkonzept, sie werden dem Antrag zur Abschreibung zustimmen. Unter dem Punkt 3.7. heisst es, dass es eine Plattform geben soll. Sie finden das einen interessanten Ansatz. Interaktive Gesprächsmöglichkeiten werden ermöglicht. Stimmen können sich einbringen und anmelden, wo es einen Platz braucht oder welches Bänkli geeigneter ist. Die Frage dabei ist trotzdem, wer wertet dies aus was eingegeben wird und zusammen kommt? Wer gewichtet solche Anfragen eigentlich, solche Wortmeldungen? Eine solche Plattform braucht ja Publicity, Betreuung und Sorgfalt, damit sie dann wirklich lebendig ist. Nur das Wort selber ist noch nicht so viel. Ein anderer Punkt welchen sie sehr gut finden ist Punkt 3.2. Bei grösseren Strassensanierungen sollte immer die Möglichkeit eine Sitzbank einzurichten geprüft werden. Auf diesen Punkt werden sie vermehrt noch ein Auge werfen, dass dies passiert. Es muss ja nicht nur bei grösseren Strassensanierungen sein, sondern auch bei ganz kleinen oder bei kleineren Plätzen wäre dies sinnvoll, ein Bänkli. Das einzige wo sie bei diesem guten Bericht bemängeln könnte ist, dass sie eigentlich nicht gesehen hat, wo diese Bänkli sind, d.h. sie hat eine Lupe benötigt, sei es im Internet oder auf dem Papier um da einen Überblick zu bekommen. Aber das ist auch Alles.

*Daniel Setz, FDP* nimmt stellvertretend für die FDP-Fraktion den Bericht und das Konzept zur Kenntnis. 180 Bänkli x ca. vier Personen, also 720 Personen können in Binningen gleichzeitig auf Bänkli sitzen. Das Energiekonzept ist viel Aufwand dies zu erarbeitet, er nimmt an in das Sitzbankkonzept wurde auch Zeit investiert. Interessant ist, was bereits von vis-à-vis gehört wurde, dass eigentlich einer der interessantesten Teile des Berichtes leider nicht lesbar ist. Sie nehmen das zur Kenntnis und werden das Postulat abschreiben.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* erläutert, dass im Binninger Anzeiger über das Konzept berichtet wird mit einem Hinweis auf diese Plattform. Auf der Webseite wird ein lesbarer Plan aufgeschaltet werden, sie bedankt sich für den Hinweis.

Es handelt sich um ein Geschäft mit Kenntnisnahme erläutert der *Einwohnerratspräsident*. Der zweite Antrag ist das Postulat von Simone Abt als erledigt abzuschreiben. Dem Antrag des Gemeinderats wurde stillschweigend zugestimmt.

## BESCHLUSS

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Sitzbankkonzept.  
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
- 

## Traktandum

Nr. 41

### **Interpellation B. Fankhauser, SVP: Der Zolli will endlich das Baselbiet erobern: Binninger Jugendhaus muss weichen**

Es liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats vor, erläutert der Präsident. Er fragt die Interpellantin, ob sie damit zufrieden ist, wünscht sie eine kurze Erklärung oder wünscht sie die Diskussion?

*Barbara Fankhauser, SVP* wünscht sich die Diskussion. Sie bedankt sich herzlich für die Beantwortung dieser Fragen, es bleiben aber schon wieder Fragen offen. Sie fragt sich wie das die anderen sehen. Bei der Frage drei und bei der letzten Frage vier: es gibt aktuell noch keine Ergebnisse. Sie findet das eine fragliche Aussage. Sie hätte eigentlich erwartet, dass wenigstens ein Zeitraum angegeben wird. In drei Jahren ist der Ablauf des Vertrags, evtl. gibt es eine Verlängerung, allerdings ist nicht bekannt für wie lange. Unterdessen ist das jetzt etwas bekannt. Jetzt ist noch Zeit etwas zu unternehmen, z.B. eben mit Bottmingen zu schauen, ein Projekt aufzugleisen. Damit es nicht ein Wettbewerb gibt für eine neue Liegenschaft in Binningen, Binningen braucht keine weitere Luxuslösung für ein neues Jugendhaus. Ein einfaches, zielführendes Projekt wäre aus ihrer Sicht, aus Sicht der SVP Zeit, dies einmal anzugehen. Es soll dann auch ein Kredit vorgelegt werden, welcher einfach bewilligt werden kann, ohne dass es wieder die ganze Runde über die BPK macht. Und wenn dies nicht möglich ist, auch hier der Zeitfaktor extrem wichtig. Drei Jahre sind nicht mehr lange. Dies sind die Punkte welche sie bei dieser Beantwortung stören. Man weiss es, aber es wird nicht vorwärts gemacht. Sie hat auch von anderen gehört, dass andere auch gewisse Sachen noch einbringen möchten, wenn dies überhaupt noch aktuell ist, in dieser Diskussion, und sonst diskutiert sie mit sich alleine.

*Marc Schinzel, FDP* findet es wichtig, dass diese Interpellation gemacht wurde. Im Rahmen des schönen Einwohnerratsausflugs zur Feier des Letztjährigen Einwohnerratspräsidenten bestand die Gelegenheit, die Sache vor Ort anzusehen. Es konnte wirklich festgestellt werden, dass der Standort ideal ist. Er hofft und geht positiv davon aus, dass der Gemeinderat mit dem Zolli auf einem guten Gesprächsweg ist. Die Leute im Jugendhaus, welche dieses betreiben und nutzen hoch zufrieden sind. Er konnte dies explizit diese Leute auch fragen. Das ist der Weg der sicher primär verfolgt werden muss, rein vom ökologischen und vom finanziellen Aspekt her. Dass hier möglichst gemeinsam weitergemacht werden kann.

*Karin Müller, SP* findet das Jugendhaus dort auch am bestmöglichen Ort. Es muss auch nicht saniert werden, das ist so in Ordnung obwohl es ja nicht mehr so jung ist. Deshalb wäre es wichtig, dass sich der

Gemeinderat dafür einsetzt, dass es dort bleiben kann. Und wenn nicht muss – bevor sonst etwas anderes passiert – ein sicherer Standort für das Jugendhaus definiert werden. Nicht, dass man dann plötzlich nicht mehr weiss, wo jetzt die Jugendlichen hinkönnen und sollen.

*Thomas Hafner, CVP* möchte sich seinen beiden Vorrendern anschliessend. Am Einwohnerratsausflug wurde ja auch das Votum vom Zolli gehört. Wahrscheinlich kann man ein paar Jahre noch dort sein. Das Jugendhaus hat er vorher schon gekannt, weit früher hat er gemeint dies sei eine uralte Baracke hat aber gesehen, dass das ältere Gebäude doch in einem sehr guten Zustand ist. Trotz den 25 Jahren ist es eigentlich noch top modern, vom Baustil her. Er findet das eine gute Sache. Er findet es wichtig, gemeinsam mit dem Zolli zu schauen, dass dies in Zukunft an diesem Standort behalten werden kann, so wie es ist.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt dies gerne so entgegen. Es laufen Verhandlungen und Abklärungen, im Moment ist nichts spruchreif. Der Gemeinderat ist am Ball dran.

Der Einwohnerratspräsident schliesst damit diese Interpellation ab.

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

---

#### **Traktanden 7, 8, 9, 10, 11, 13**

---

Der Präsident schlägt vor in Anbetracht der Uhrzeit, 21.58 Uhr, kein neues Geschäft mehr anzufangen und kommt zum Punkt Diversa.

#### BESCHLUSS

---

://: Verschoben.

---

#### **Traktandum 14**

---

##### **Diversa**

Der *Einwohnerratspräsident* möchte die heutige Sitzung abschliessen nach dem keine weiteren Wortmeldungen zum Punkt Diversa eingegangen sind. Die nächste Sitzung wird am 01. November 2021, um 19.30 Uhr stattfinden. Er bedankt sich für die Mitarbeit, wünscht allen gute Gesundheit und einen guten Heimweg. *[Applaus]*

ER-Sitzung vom 27. September 2021

			Gesch. Nr. 139/XII		Gesch. Nr. 64	Gesch. Nr. 71					
			03	04	05	06	07	08	09	10	11
Nr.	Name	Fraktion	Antrag FDP	Abschreibung Postulat Nr. 33/XII	Antrag SVP	Antrag SVP	Überweisung 1	Antrag Grüne zu 2.	Rückkommen	Überweisung 2	Antrag Grüne
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Not voted	Enthaltung	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Not voted	Enthaltung	Ja	Ja
7	Schwarb	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
9	Wölnerhanssen	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
11	Appenzeller	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Enthaltung
12	Benthaus	SP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
13	Büchelini	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
14	Jehle	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
15	Müller	SP	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
16	Schellenberg	SP	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung
17	Strondl	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Enthaltung
18	Tribolet	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Alt	CVP	Ja	Nein	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
20	Amacker	CVP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
21	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
22	Häfner	CVP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
23	Frauchiger	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung	Not voted	Nein
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja	Nein
30	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
31	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Not voted	Ja	Not voted	Nein
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein
33	Zimmermann	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
35	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Keller	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
<b>TOTAL</b>											
Ja			25	15	15	18	25	15	21	30	8
Nein			8	17	17	12	8	12	6	1	19
Enthaltungen			2	3	3	3	0	2	6	1	6
			<b>35</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>33</b>	<b>29</b>	<b>33</b>	<b>32</b>	<b>33</b>